

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

121 (27.5.1914) Erstes Blatt

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 P.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 1/2 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gief & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Staatsangestellte n. Sozialdemokratie.

Eine Betrachtung nach dem Scheitern der Beamten-Befoldungsnovelle.

Von Edmund Fischer, M. d. R.

Ein sehr großer Prozentsatz des deutschen Volkes erhält bereits in Deutschland seine materielle Existenz vom Staate. Sein Wohlergehen ist in erster Linie und im engsten Sinne abhängig von der Zusammensetzung der Parlamente und somit auch von der Beschaffenheit der Staatsverwaltung, von dem Geiste, der in der Regierung und in der Verwaltung herrscht, und was nicht außer acht zu lassen ist, von seiner eigenen politischen Reife. Und fortgesetzt wächst die Zahl der staatlichen Angestellten aller Art absolut und relativ. Die Staatsbetriebe erweitern sich bedeutend, aber sie vermehren sich auch. Die Verstaatlichung der Kalibrierwerke ist nur eine Frage der Zeit. Das Petroleummonopol ist für den Augenblick gescheitert, aber wenn für die Petroleumversorgung später auch nur ein gemischter Betrieb geschaffen werden sollte, so wird er doch immerhin auch die Anstellung staatlicher Beamter erfordern. Ihm wird das Spiritusmonopol folgen. Das Zigarettenmonopol ist bereits in Erwägung gezogen worden. Die staatlichen Kraftzentralen werden bald ein großes Personal beschäftigen. Die Kopfzahl des Personals in der deutschen Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung ist von 1872 bis 1910 von 54 614 auf 271 429 gestiegen. Die Frauen und die Kinder mitgerechnet, erhielten im Jahre 1912 von der Reichspost rund 700 000 Personen ihre Existenz. Hierzu kommt noch das Personal von Württemberg und Bayern, so daß die Post im ganzen Deutschen Reich heute mindestens eine Million Menschen „ernährt“. Die vereinigten preussischen und bayerischen Staatsbahnen beschäftigten im Jahre 1912 Beamte, technische Gehilfen und Arbeiter 525 322. Außerdem waren in dem genannten Jahre noch vorhanden: 141 Regierungsbauinspektoren sowie 146 Zivilsperrnuntersuchen in der Ausbildung ohne Bezahlung und 1307 Gepäcksräuber, die wegen gewerblicher Einnahmen eine Vergütung aus der Staatskasse nicht erhielten. Beim Bahnbau wurden 5670 Arbeiter beschäftigt. Die preussischen Staatsbergwerke hatten im Jahre 1912 eine Belegschaft von 105 562 zu verzeichnen. Im Jahre 1911 wurden bei allen vollspurigen Eisenbahnen Deutschlands — und diese Bahnen sind alle im Staatsbesitz — 713 187 Beamte und Arbeiter beschäftigt. Man geht deshalb nicht zu weit, wenn man annimmt, daß die Zahl der Personen, die in der Verwaltung des Reiches, der Einzelstaaten und in den gesamten staatlichen Betrieben gegen Gehalt oder Lohn tätig sind, mit Frauen und Kindern mindestens 5 Millionen beträgt, also eine Bevölkerung umfaßt von der Größe des Königreichs Sachsen. Und nur eine relativ geringe Zahl von Personen wird in der Verwaltung, die große Masse dagegen in den staatlichen Betrieben beschäftigt.

Diese 5 Millionen Einwohner Deutschlands sind mit allen ihren Lebensinteressen an den „Vater Staat gefettet“, der in Deutschland heute noch nicht das Volk in seiner Gesamtheit repräsentiert, d. h. noch kein demokratischer Selbstverwaltungsapparat ist, sondern von einer absolutistischen Bureaufrentenfeste gebildet wird, in der das Junkertum, der Feudaladel, das große Uebergewicht und die Leitung hat. Die Parlamente haben in Deutschland noch keine Exekutive, keine ausführende Gewalt, sie sind kein Teil der Verwaltungsorganisation, wie es in demokratischen Ländern der Fall ist. Gesetzgeber ist nach dem deutschen Staatsrecht die Regierung, der nur die eine Beschränkung auferlegt ist, keine Gesetze erlassen zu können, die nicht die Zustimmung der Volksvertretung gefunden haben. Durch das Gesetz werden nun auch die Anstellungsbedingungen, Befoldungs- und Arbeitsverhältnisse der staatlichen Angestellten und Arbeiter geregelt, so daß sich damit die Landtage und der Reichstag zu beschäftigen haben. Und seit einer Reihe von Jahren spielen diese Fragen in den Parlamenten nicht nur eine immer größere Rolle: sie beeinflussen auch immer mehr das politische Leben überhaupt! Denn die Beamten und staatlichen Angestellten überhaupt bilden eine große Wählermasse, die bei Wahlen sehr oft den Ausschlag gibt, mit ihr muß jede Partei rechnen. Selbst feudale Herren, die noch „auf Stand“ halten, sind bei Wahlen, wie wir in allerjüngster Zeit erfahren haben, „jedem einzelnen Beamten nachgetroffen“, haben „ihnen die schmutzigen Hände gedrückt“ und sind „zu den Kerlen auf den Postämtern“ persönlich gelaufen nur zu dem Zwecke, ihre Stimmen zu erhalten.

Diese unaufhörlichen Kämpfe um die Arbeitsverhältnisse der staatlichen Angestellten wird von keiner Seite als ein angenehmer Zustand betrachtet. Aber wenn unlängst ein Regierungsvertreter im Reichstage, gelegentlich einer Verhandlung mit den Parteien, meinte, es müsse einmal ein „Abbruch“ gemacht werden, so ist dem zu erwidern: Solange sich die Regierung jedweder gesunden Regelung der Arbeitsbedingungen in den staatlichen Betrieben — um diese handelt es sich im wesentlichen — wider-

setzt, solange wird kein normaler Zustand eintreten. Und das wird der Fall sein, solange die Gewalt bei der Regierung liegt und die Parlamente nur beratende Körperschaften sind. Auch die Befoldungsnovelle, die dem Reichstag jetzt vorlag, ist nur deshalb gescheitert, weil die Regierung auch nicht den bescheidensten Forderungen entgegenkommen wollte, es sei denn, daß der Reichstag sich abermals — wie immer! — dem Willen der Regierung unterwerfen und die Unterbeamten im Stiche hätte lassen wollen. Die hohen Beamten haben in Deutschland keine Ursache zur Klage und auch die mittleren Beamten erhalten keine niederen Gehälter. Aber die große Masse der in staatlichen Diensten stehenden Personen wird von den Unterbeamten und den Staatsarbeitern gebildet, die bei der Post, den Eisenbahnen, in den Bergwerken usw. einen schweren Dienst gegen einen relativ geringen Gehalt oder Lohn verrichten müssen.

Nach einer schweren Dienstzeit von 21 Jahren kann es der Briefträger, dessen Anfangsgehalt 1 100 Mark beträgt, auf 1 700 Mark bringen, der Landbriefträger nach 18 Jahren nur auf 1 400 Mark. Die Unterbeamten in gehobenen Dienststellen erhalten einen Gehalt von 1 400 bis 2 100 Mark. Der durchschnittliche Lohn eines Ausbessers (Wagenwäschers, Lampenreinigers usw.) bei der Post betrug im Jahre 1911 nur 2,88 Mark, der Sonntagsausbesser erhielt 2,10 Mark, Schweißfrauen 2,06 Mark, während die Telegraphenarbeiter und Handwerker mit allen Ueberstunden einen Durchschnittsverdienst von 4,28 Mark erzielten. Dabei beträgt die Arbeitszeit nach dem Reglement für Unterbeamte immer noch 60 bis 69 Stunden die Woche, in Wirklichkeit aber mehr. Ein Recht auf Ferienurlaub haben die Unterbeamten und Arbeiter nicht. Den Unterbeamten kann n bis 10 Tage, den Postboten bis 7 Tage Urlaub gewährt werden. Es sind zwar im Jahre 1910 bei der Reichspost 4 537 311 Mark Stellvertretungskosten entstanden, aber davon kommen auf die Unterbeamten nur 1 975 840 und auf die außerhalb des Beamtenverhältnisses stehenden Personen nur 5120 Mark. Im allgemeinen muß während der Ferien von den Unterbeamten und Arbeitern die Arbeit des Beurlaubten mitgemacht werden. Nicht anders ist es in den anderen staatlichen Betrieben. Und was durch sogenannte „Wohlfahrts-Einrichtungen“ den Unterbeamten und Arbeitern geboten wird, geht nicht über das hinaus, was die soziale Gesetzgebung von jedem Unternehmer verlangt oder den einfachsten hygienischen oder sozialen Anforderungen entspricht. In Heft 1, Jahrg. 1914, des „Archivs für Eisenbahnen“ entwirft zwar ein hoher Beamter ein prächtiges Bild von den Wohlfahrts-Einrichtungen der preussisch-bayerischen Eisenbahnverwaltung; und Dr. Kurt Kleemann preißt in seinem erschienenen Buche über die „Sozialpolitik der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung gegenüber ihren Beamten, Unterbeamten und Arbeitern“ (Verlag von Gustav Fischer, Jena) die väterliche Fürsorge der Postverwaltung in allen Tonarten. Aber man lese diese langen Abhandlungen durch, und man wird nichts finden, was des besondern Lobes wert wäre!

Die „ständige Unzufriedenheit“ der unteren Beamten und der staatlichen Arbeiter ist vollständig berechtigt und wird bleiben, so lange die staatliche Verwaltung eine büreaukratische ist. Denn so lange werden auch die Arbeitsverhältnisse in den staatlichen Betrieben geregelt werden, ohne Mitwirkung der Beamten und Arbeiter, deren Rechtslosigkeit und Unfreiheit das größte Hindernis ist, um zu dem „Abbruch“ zu kommen, nach dem sich die Regierung und bürgerlichen Parteien sehnen, aber auch ohne die ausschlaggebende Entscheidung der Volksvertretung. Sehr interessante Schlüsse lassen eine Untersuchung zu, die Dr. Arthur Kaufmann in einem kürzlich bei Dunder und Humblot in München erschienenen Buche über die Verhältnisse bei den bayerischen und schweizerischen Staatsbahnen angestellt hat. Es geht daraus hervor, daß die Arbeits- und Dienstverhältnisse in den Staatsbetrieben um so besser sind, je demokratischer das Land, je größer die Freiheiten und Rechte des Volkes und der Staatsangestellten sind. In Baden, das demokratischer ist als die nördlichen Staaten, ist z. B. der jährliche Durchschnittsverdienst der Werkstättenarbeiter um 200 Mark höher als in Preußen und um 100 Mark höher als in Sachsen. In der demokratischen Schweiz aber ist das Jahreseinkommen der Werkstättenarbeiter um 350 Mark höher als in Baden. Und die Zahl der Rubetage ist viel größer, die Arbeitszeit kürzer, die Ferien sind fortschrittlich und freibeitlich geregelt usw.

In demokratischen Ländern können die Beamten und Arbeiter der staatlichen Betriebe offen und frei ihre Angelegenheiten beraten und vertreten, und die Volksvertretung entscheidet. Der Einfluß der Staatsangestellten auf die Gestaltung ihrer eigenen Arbeits- und Lebensverhältnisse ist deshalb in Demokratien derart, wie ihn die Beamten allgemein verlangen, aber in büreaukratischen Staaten, wie Deutschland, nicht zu erwarten ist. Die staatlichen Angestellten und Arbeiter, die zurzeit über ihre Befoldung und Behandlung mit Recht ganz besonders unzufrieden sind, müssen die Lehre aus dieser Tatsache ziehen, daß auch ihr Heil in der Demokratie liegt, die für sie ganz selbstverständlich nur als soziale Demokratie einen Sinn hat, und deren Vertreter die Sozialdemokratie ist.

Dom Titelschacher.

Der preussische Kultusminister hat im Landtag die Erklärung abgegeben, daß die Staatsanwaltschaft sich um die Titelschacher kümmern und die hier zutage getretene Korruption untersuchen werde. Gleichzeitig freilich bemühte er sich, die Vorgänge so harmlos als möglich hinzustellen. Der Herr von Lindenau ist nach dieser Erklärung ein ganz unschuldiges Lamm, das nur ganz beiläufig einmal verschluckt, Erkundigungen über die Form der Titelverleihung einzuziehen. Und auch der Reichsverbändler Dr. Ludwig hat nie etwas anderes vom Kultusminister als Dankschreiben für seine Geschriften gegen die Sozialdemokratie erhalten. Bei dieser Haltung des preussischen Kultusministers ist es nicht zu verwundern, daß die „National-Zeitung“ auf den Gedanken kommt, die staatsanwaltschaftliche Untersuchung solle sich nicht so sehr gegen die Titelschacher als gegen den „Vorwärts“ und den Genossen Liebknecht, die die Korruption aufgedeckt haben, richten. Das nationalliberale Blatt führt sogar den Paragraphen an, auf den sich die Anklage gegen den „Vorwärts“ stützen werde, es ist § 189 des Str.G.B., der mit Gefängnis bis zu sechs Monaten jeden bedroht, „der das Andenken eines Verstorbenen dadurch beschmüßt, daß er wider besseres Wissen eine unwahre Tatsache behauptet oder verbreitet, welche denselben bei Lebzeiten verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzusetzen geeignet gewesen wäre“.

Genosse Liebknecht beantwortet diese tolle Zumutung der „National-Zeitung“ an den Staatsanwalt mit weiteren Veröffentlichungen über den Titelschacher, Veröffentlichungen, die den außergewöhnlichen Umfang der Schiebergeschäfte der Lindenau und Ludwig zeigen. Liebknecht teilt mit: Es verlautete mit aller Bestimmtheit, daß General von Lindenau seinen Geldgebern innerhalb seines Machtbereichs beim Abschluß von Verträgen mit der Militärverwaltung Vorteile zuzuschlagen suchte. Es stehe unumstößlich fest, daß er mit halb- und ganz dunklen Geschäftslenten verschiedenster Art, insbesondere in Berlin in langjähriger intimster Geschäftsverbindung gestanden und daß er eine Menge Vermittler in Ordens- und Titelsachen an der Hand gehabt hat. Von nachstehendem Brief befindet sich das Original in den Händen Liebknechts:

Zürich, 22. Mai 1912.

Reschter Herr!

Ihren Brief erhalten, teile ich Ihnen zunächst mit, daß ich überhaupt nicht das Geld aus der Hand von Herrn Dr. sondern von dem mit Vollmacht ausgestatteten Herrn erhalten habe. Quittung und alles ist vorhanden. Ich habe 3000 M. zu wenig bekommen, bereits schwere Kämpfe darum gehabt und kann Ihnen das nur mündlich auseinandersetzen, wenn ich im Juni einmal nach Berlin komme. Wenn damals aus der Sache nichts wurde, und ich das ganze Geld zurückzahlen muß, so lag das daran, daß Herr auf Anraten seiner Frau auf die ganze Sache verzichtete.

Achtungsvoll b. Lindenau.

Der Brief bezieht sich, wie Liebknecht ausdrücklich hervorhebt, nicht auf die Professoren-Angelegenheit; in der Professoren-Angelegenheit sollten für 25 000 M. einem noch sehr jugendlichen Berliner Arzt der ersehnte Professoren-Titel verschafft werden. Für einen Kommerzienrats-titel beanspruchte Lindenau 65—70 000 M.

Zu den erbarmungswürdigen Rechtfertigungen des Reichsverbändlers Dr. Ludwig bemerkt Liebknecht: „Ludwig ist an den betreffenden Arzt herangetreten, nicht umgekehrt. Die Behauptung, er habe sich von der Unrichtigkeit der Angaben über die Käuflichkeit der Titel überzeugt und daher in der Sache nichts mehr getan, ist eine blanke Unwahrheit.“ — In Liebknechts Händen befinden sich noch drei Briefe des Ludwig über die gleiche Angelegenheit und an den gleichen Adressaten. Einer vom 5. September 1912, ein zweiter vom 17. September des gleichen Jahres (der auch von uns abgedruckt) und ein dritter vom 13. Februar 1912. Dieser letztere Brief lautet:

Redaktion Berlin W 57, den 13. Febr. 1912.
der Monatschrift für deutsche Mansteinstr. 1.
Beamte a. H. Meran, Südtirol,
Chefredakteur Dr. Ludwig. Pension Giffham.

Sehr geehrter Herr Doktor!
Mein Gewährsmann in Sachen P. (= Professor) fragt mich an, ob er sich nicht mit Ihnen direkt in Verbindung setzen kann. Er hat Ihnen jetzt eine günstigere Offerte zu unterbreiten. Da ich natürlich dies nicht ohne Ihre Genehmigung tue, erlaube ich mir die Anfrage, ob Sie damit einverstanden sind. Es würde sich dann der Weg vereinfachen. Ich muß mich hier von meinen durch die Reichstagswahl strapazierten Nerven erholen, finde, daß mir Meran sehr gut tut. Da ich noch etwa 14 Tage hier bleibe, bitte ich Sie um möglichst umgehende Nachricht, ob Sie noch auf die besuchte Angelegenheit reflektieren.
Mit vorzüglicher Hochachtung Ihr ergebener
Dr. Ludwig.

Die Mahnung des durch seine reichsverbändlerische Tätigkeit bei den Reichstagswahlen so strapazierten Dr. Ludwig erklärt sich daraus, daß der Arzt die Sache ruhen ließ und anscheinend keine rechte Lust mehr zu dem Geschäft zeigt.

Seite 8.
Theater
lach
Hof.
27. und
28. Mai
7-11 Uhr
itäten u.
gramm.
Wunsch
nigs“
3 Akten.
rund
909“
Leben in
1209
nahme
wehr
ch.
erlich-
heren
mman-
Kaser
im.
lage:
Bibi!!
stpfleifer,
s. C.
Wiener
Giradi-
1209
ach nur
Lagen.
und
leider
t billig
nohr,
28. 1171
1291
und
etc.
g in
Geschäft
52.
ellnerin
Aufträge,
oder für
1079
7. 1. Et
wonnern
fremde
denen das
die Aus-
söhnlich der
wie besser,
wie bei se-
abrechnen ist.

Liebnecht drückt endlich noch das Schreiben eines Kaufmanns Lindenberg ab, des Vorsitzenden eines Lokalkomitees des Berliner Vereins für Ferien-Kolonie der anscheinend auch bei dem Titelschacher seine Hände im Spiel hat. Auch ein früherer Beamter der Schatzverwaltung der Kaiserin hat mit Titelbedürftigen konfiziert und als Preis für den Professorettel 40 000 Mk. verlangt. Liebnecht folgert aus diesen Daten, daß in Preußen auch noch ein anderer Weg zum Medizinalprofessor führe, als der durch das Kultusministerium.

Deutsche Politik.

Der Fuchs und die Trauben.

Wie die „Tägliche Rundschau“ aus Kreisen hört, die Herrn Dr. Kämpf nahe stehen, gedenkt der bisherige Leiter der Geschäfte des deutschen Reichstags sich für die Neuwahl des Präsidiums nicht mehr zur Verfügung zu stellen.

Als bestimmend für diesen Entschluß werden nicht die Vorgänge vor und beim Schluß des Reichstags bezeichnet, sondern das Bedürfnis nach Entlastung und Ruhe. Dr. Kämpf hat sich seinerzeit nur mit Widerstreben zur Übernahme des Amtes bereit finden lassen und diese Zusage nur für die laufende Session gegeben.

Aber natürlich: Der alte Herr verzichtet vollständig aus freien Stücken. Wer sollte auch wohl auf den Gedanken kommen, daß er sich nur deshalb nicht zur Wiederwahl stelle, weil er von der Aussichtslosigkeit seiner Kandidatur überzeugt sei. Also Friede seiner Asche!

Was die „Tägliche Rundschau“ im Anschluß an ihre Meldung noch über die zukünftige Zusammensetzung des Reichstagspräsidiums orakelt, ist alles nur Vermutung. Es fehle, so sagt sie, im Zentrum nicht an Stimmen, die es für ungewöhnlich hielten, daß das Zentrum im Präsidium nicht vertreten sei. Die Partei werde aber kaum geneigt sein, sich mit einer Vizepräsidentenstelle zu begnügen und man mache dafür Stimmung, daß das Zentrum den Präsidenten, die Nationalliberalen und die Fortschrittler den ersten und zweiten Vizepräsidenten, stellen sollten.

Das klingt schon deshalb nicht übermäßig wahrscheinlich, weil das Zentrum wohl schwerlich in ein Präsidium eintreten wird, in dem nicht auch ein Mitglied der Rechten sitzt. Immerhin aber wird Herr Boas die Ferien zu eifriger Arbeit im Dienste der guten Sache seiner Verewerung um die kämpfische Hinterlassenschaft bemühen müssen.

Der Reichstagschluß in offiziöser Beleuchtung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ kommt in ihrem Wochenrückblick auf den Reichstagschluß zurück. Sie schreibt, daß nach mehr als zweijähriger Dauer eine Session beendet worden ist, in der wichtige Gesetze zustande gekommen sind. Auf zahlreichen Gebieten haben Bundesrat und Reichstag in dieser Sitzungsperiode wertvolle gesetzgeberische Arbeit geleistet. Trotzdem habe aber der schleppe Gang der Verhandlungen viel Mißmut zurückgelassen. Die Schuld hieran trage die Weitschweifigkeit der Debatten im Plenum und in der Kommission.

Im Hinblick auf die Schließung des Reichstags sagt das Kanzlerblatt:

„Die Verfassung rechnet mit einer Gliederung der Legislaturperiode in mehrere Sessionen von einjähriger Dauer, einer Einrichtung, die sowohl im Interesse der Regierung als auch des Reichstags liegt. Die parlamentarischen Geschäfte leiden darunter, wenn nicht ab und zu ein Zeitpunkt kommt, bis zu welchem die Vorlagen so oder so erledigt werden müssen. Ohne die Schließung sammelt sich, wie die Erfahrung gezeigt hat, ein solch ungeheurer gesetzgeberischer Stoff an, daß die Uebersicht verloren wird und Planlosigkeit und Arbeitsverlust entstehen. . . . Der Reichskanzler ist geneigt, dem vielfach geäußerten Wunsche, daß bei Beginn der neuen Tagung ein Arbeitsplan zwischen ihm und dem Senatorenkonvent des Reichstags vereinbart werden soll, nach Möglichkeit zu entsprechen.“

Dann wird gesagt, daß der Sessionschluß zwar einen Teil der geleisteten Arbeit zunichte gemacht hat, doch handele es sich dabei zum Teil um Vorlagen, auf die noch nicht

viel Arbeit vom Reichstag verwendet worden ist und andererseits um Vorlagen, bei welchen der Kommissionsbericht später verwendet werden kann, so zum Beispiel bei den Gesetzen über das Verfahren gegen Jugendliche und über die Wiederaufnahme eines Disziplinarverfahrens. Marge stellt seien auch die Anschauungen der Parteien bei der geplanten Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und bei der Aenderung von Vorschriften der Gewerbeordnung über das Wandergewerbe. Nicht zu erwarten war eine alsbaldige Verständigung zwischen den verbündeten Regierungen und dem Reichstage über die Errichtung eines Kolonialgerichtshofes und über den Verkehr mit Deutschöf. Welche Maßnahmen die Regierung treffen wird, um das Ziel in der Reichstagsfrage zu erreichen, werde von den Ergebnissen der unablässig fortzujehenden Beobachtung der Verhältnisse auf dem Mineralölmarkt abhängen.

Schließlich kommt die „Norddeutsche“ noch auf die Sozialdemokratie zu sprechen:

„Die letzte Sitzung des Reichstags ist von der sozialdemokratischen Fraktion zu einer Kundgebung gegen das Oberhaupt des Reiches ausgenutzt worden, über die man nicht mit einem Achselzucken hinweggehen kann. Es handelt sich hier um mehr als um schlechte Manieren. Es liegt eine wohlüberlegte Demonstration der monarchiefeindlichen Gesinnungen der Sozialdemokratie vor, deren regelmäßige Wiederholung zu erwarten wäre, wenn der Reichstag nicht die Mittel finden sollte, in seinem Hause dem Kaiserthum, mit dem zugleich er selbst geboren ist, die gebührende Achtung zu sichern. Den bürgerlichen Parteien des Reichstags stellt sich hiermit für die nächste Session eine Aufgabe, die sie, wie wir hoffen, mit fester Hand in Angriff nehmen werden.“

Das ist natürlich ganz nach den Herzen der Reaktionsäre geschrieben; wenngleich diese noch sehr wenig Hoffnung auf diesem Gebiete hegen. Die alldeutschen Blätter fürchten, daß das halbamtliche Blatt von einer allzu optimistischen Grundauffassung ausgeht. Bei der Befahrenheit der Parteiverhältnisse sei nicht anzunehmen, daß sich eine Mehrheit für die Inangriffnahme geschweige denn für die Bewältigung der gefenngezeichneten Aufgabe zusammenfinden werde.

Die „Freisinnige Zeitung“ hofft, daß der Reichstag eine Einwirkung der Regierung und des Bundesrats auf seine Angelegenheiten sich entschieden verbitte.

Sozialdemokrat — eine Beleidigung.

Vor dem Kölner Schöffengericht hatte sich im Offiziälvorfahren ein Bahnarbeiter aus Kalk zu verantworten, weil er seinen Schwager, den Hilfsweichensteller B., durch die Behauptung, dieser sei Mitglied des „sozialdemokratischen“ Eisenbahnerverbandes, beleidigt haben soll. Der als Zeuge vernommene Hilfsweichensteller befandete, er sei von seinem Vorgesetzten zur Rede gestellt worden, und man habe ihm gesagt, wenn er das nicht anzeige, müsse angenommen werden, daß die Behauptung wahr sei. Es sei unklar, daß er je in einer solchen Veranlassung gewesen sei; jeder, der die Behauptung, werde entlassen. Das Gericht nahm an, daß der Beweis der Wahrheit nicht erbracht sei und daß der Angeklagte den Zeugen habe beleidigt wollen. Er erhielt eine Geldstrafe von 10 Mk.

Schwarze Verleumder.

Kein Wort wagen die christlichen Gewerkschaftsorgane gegen die Streifbrehereinzerate der Zentrumszeitungen aufzubringen, auch dann nicht, wenn diese Inzerte dazu beitragen, Streiks, die von christlichen Gewerkschaften geführt werden, niederzuringen. Man denke nur an den Streik auf der Grube S o i t e n b a c h, der elend verbracht ist, weil die Zentrumsorgane durch Aufnahme von Streifbrehereinzeraten für die genügende Anzahl von Streifbrehern sorgten. Vielleicht ist es den christlichen Gewerkschaften gar nicht einmal unlieb, daß sie so von den Zentrumsblättern behandelt werden. Wenn genügend Streifbrehere angeworben sind, hat man guten Grund, einen Streik aufzuheben. Das kann konstatiert werden, daß trotz aller Streifbrehereinzerate das innige und herzliche Verhältnis zwischen christlichen Gewerkschaften und der Zentrumspresse keinen Abbruch erfährt und das besagt genug. Soweit der Hofenbacher Streik in Frage kommt, strengen

sie sich gemeinschaftlich an, die Schuld für den verfrachten Streik von sich auf andere zu schieben und um nachzuweisen, daß sich nach der Hofenbachergrube Sozialdemokraten als Streifbrehere hätten anwerben lassen. Eine diesbezügliche Notiz läuft jetzt schon seit Wochen durch die zentrumschriftliche Presse. Selbstverständlich zerbricht man sich nicht den Kopf, Beweise, die längst verlangt worden sind — für die dumme, freche Behauptung zu erbringen! Wäre etwas Wahres an der Sache, dann hätte man schon Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um die Namen der „Streifbrehenden Sozialdemokraten“ festzustellen oder man wäre christlicherseits mit anderen, beweiskräftigen Belegen aufmarschiert. So behauptet man darauf los, ohne sich um den verlangten Beweis zu kümmern. Wehlich war es auch mit der Mitteilung der Zentrumspresse über den bekannten Kirchenaustritt Eiseler Bauern. Diese sollten gegen ihren Pfarrer als Sozialdemokraten aufgehetzt worden sein. Als Namen und sonstige Beweise verlangt wurden, schwieg man sich auch hier aus. Und ebenso verhielt sich die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“, als sie behauptete, daß die sozialdemokratischen Führer sich für den Besenliberalismus bei den Stadtverordnetenwahlen in Neßlinghausen ins Zeug gelegt hätten.

Das sind Fälle aus der jüngsten Zeit. Ein Mittel, den zentrumschriftlichen Organen wenigstens jebiel Anstand anzuerziehen, daß sie für ihre Behauptungen kontrollierbare Beweise erbringen, gibt es nicht. Die Verleumder und Schwindler — auch wider besseres Wissen — gehört einmal zum Handwerk dieser Organe und dagegen ist auch kein Kraut gewachsen. Man muß sich daher begnügen, ihn und wieder die einzelnen schwarzen Schwindelereien zu registrieren, um wenigstens anderen Kreisen, als der Zentrumsclique zu zeigen, mit welchen Leuten und Organen sich die sozialdemokratische Bewegung herumzuschlagen hat.

Badische Politik.

Der „Badische Beobachter“

druckt in seiner gestrigen Nummer einen Schmarren der „Kölnischen Volkszeitung“ ab, der sich über die Leistungen des eben geschlossenen Reichstags folgendermaßen äußert:

„Anzufrieden mit diesem Reichstag kann eigentlich nur die Sozialdemokratie sein. Sie hat bei den Wahlen und nach den Wahlen den Mund so ungeheuerlich voll mit Versprechungen genommen. Sie hat früher, als das Zentrum die stärkste Partei war, stets die Verantwortung für alles, was erreicht oder nicht erreicht wurde, immer nur dem Zentrum aufgebürdet, das als die stärkste Partei doch alles hätte fertig bringen können, was sie gewollt hätte.“

Was haben die 110 Genossen aber jetzt erreicht von alledem, was sie versprochen haben? Außer der größten Flottenvorlage und außer der Militärdenkmalvorlage für die Arme haben sie so gut wie nichts erreicht. Heute nach Schluß der Session muß besonders darauf hingewiesen werden.

Die Sozialdemokratie hat nicht einmal einen ernsten Widerstand gegen die Militärvorlage gezeigt, sonst hätte sie mit Opposition und Obstruktion ihr Zustandekommen verhindern, eine Reichstagsauflösung provozieren und zeigen können, wie stark in so einem Empfall ihre Stellung am Volke ist.“

Der „Beobachter“ überschreibt dieses Elaborat mit „Gut gesagt“ und fügt den Nachsatz an: „Dagegen werden die „Genossen“ Blätter kaum etwas Stichhaltiges geltend machen können.“

Zunächst möchten wir bemerken, daß wir, falls der „Beobachter“ keine anständige Bezeichnung für die sozialdemokratische Presse anwenden will und absolut an einer Verwilderung journalistischer Sitten Gefallen findet, wir schon noch so viel Phantasie besitzen, um entsprechende Bezeichnungen für die Zentrumspresse zu finden. Zur Sache selbst möchten wir bemerken, daß wir sehr wohl in der Lage sind, „etwas Stichhaltiges geltend zu machen“, nämlich, daß die „Köln. Volkszeitung“ sowohl wie der „Bad. Beobachter“ sich der bewussten Lüge schuldig machen. Es ist gelogen, daß die Sozialdemokratie gegen die letzte Militär- und Flottenvorlage „keinen ernsten Widerstand gezeigt haben“. Die Sozialdemokratie hat beide Vorlagen in Wort

Die Götter dürsten.

Roman aus der französischen Revolution.

Von Anatole France.

25

(Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Der Gemeinderat hatte wie durch ein Wunder für einen Tag Ueberfluß in der hungernden Stadt geschaffen. Auf dem Invalidenplatz am Seineufer hatte sich ein Jahrmarkt aufgetan. In den Buden bot man Bratwürstchen, Leber- und Cervelatwürste, lorbeergeräucherte Schinken, Butterkuchen, Pfefferkuchen, Krapsen, Bierpfundbrote, Limonade und Wein feil. In anderen Buden wurden patriotische Fieber, Kotarden, Trifoloren, Vörjen, Messingketten und allerhand kleine Schmuckstücke verkauft. Gewarft blieb vor der Auslage eines kleinen Juweliers stehen und suchte ein silbernes Ringchen aus, auf dem Marats Kopf, mit einem Luche umwunden, in erhabener Arbeit prangte. Er steckte es Glodie an den Finger.

Am Abend ging Gamelin nach der Rue de l'Arbre Sec zur Bürgerin Rochemaure, die ihn in einer eiligen Sache zu sich bestellt hatte. Er fand sie in ihrem Schlafzimmer in galantem Negligé auf einer Caïselongue hingegossen; und wie diese Stellung der Bürgerin etwas Schmachtendes, Wollüstiges verriet, so deutete alles ringsum auf ihre Armut, ihre Talente und Künste. Neben dem aufgeschlagenen Klavier lehnte eine Harfe; in einem Lehnstuhl ruhte ihre Gitarre; in einem Ständer spannte sich ein Stück Atlas; auf dem Tische lag eine angefangene Miniatur neben Papieren und Büchern; der Bücherschrank war in Unordnung und schien von einer schönen Hand durchstöbert, die ebenso wißbegierig wie gefühlvoll war.

Sie reichte ihm die Hand zum Kuß und sagte: „Guten Tag, Herr Geschworener! . . . Heute hat mir Robespierre einen Empfehlungsbrief für den Präsidenten Hermann gegeben, ein sehr geschicktes Schreiben, worin es ungefähr hieß: „Ich empfehle Ihnen den Bürger Gamelin wegen seiner Talente und seiner patriotischen Gesinnung. Ich hielt es für meine Pflicht, Ihnen einen Patrio-

ten namhaft zu machen, der sich durch Grundfeste und mannhaftes Verhalten in den republikanischen Reihen auszeichnet. Veräumen Sie die Gelegenheit nicht, einem Republikaner hilfreich zu sein. . . .“ Dieses Schreiben brachte ich unverzüglich zum Präsidenten Hermann, der mich mit ausgedehnter Höflichkeit empfing und sofort Ihre Ernennung unterzeichnete. Die Sache ist also gemacht.“

Nach kurzem Stillschweigen sagte Gamelin: „Bürgerin! Ich habe zwar kein Stück Brot für meine Mutter, aber ich gebe Ihnen mein Ehrenwort, ich nehme das Amt als Geschworener nur an, um der Republik zu dienen und sie an allen ihren Feinden zu rächen.“

Die Bürgerin fand den Dank kalt und das Kompliment hart. Sie hielt Gamelin für ungeschliffen. Aber sie liebte die Jugend so sehr, um ihm nicht etwas Rauheit nachzusehen. Gamelin war schön, sie fand Gefallen an ihm. „Ich werden ihn erziehen“, dachte sie. Und sie lud ihn zu ihren Soupers ein: allabendlich nach dem Theater hatte sie Empfang.

„Bei mir treffen Sie Leute von Talent und von Geist. Cleveion, Talma und den Bürger Bigée, der Gedichte mit gegebenen Endreimen unglaublich geschickt macht. Der Bürger Francois hat uns seine Pamela vorgelesen, die jetzt im Nationaltheater einstudiert wird. Der Stil ist rein und elegant, wie alles, was der Bürger Francois schreibt. Das Stück ist rührend; es hat uns Tränen entlockt. Die junge Lange wird die Pamela spielen.“

„Ich verlasse mich ganz auf Ihr Urteil, Bürgerin“, erwiderte Gamelin. „Aber das Nationaltheater ist wenig national. Und für den Bürger Francois ist es schlimm, daß seine Stücke über die Bretter gehen, die Lana mit seinen elenden Versen entweiht hat. Der Skandal des „Ami des Lois“ ist noch unvergessen.“

„Bürger Gamelin, den Papa schenke ich Ihnen; er gehört nicht zu meinen Freunden.“

Nicht bloß aus Freigebigkeit hatte die Bürgerin ihren ganzen Kredit aufgewandt, um Gamelin ein vielbegehrtes Amt zu verschaffen. Durch das, was sie für ihn getan hatte und vielleicht noch tun würde, hoffte sie ihn an sich zu

festeln und sich einen Freund bei der Justiz zu schaffen, mit der sie selbst eines Tages in Konflikt kommen konnte; denn schließlich schickte sie viele Briefe nach Frankreich und ins Ausland, und derartige Korrespondenzen erregten damals Verdacht.

„Geben Sie oft ins Theater, Bürgerin?“

In diesem Augenblick trat der Reitersmann Henri, reizender als der Knabe Bathyl, ins Zimmer. In seinem Gürtel steckten zwei riesige Pistolen. Er küßte der schönen Bürgerin die Hand, und diese sagte:

„Hier ist der Bürger Evarist Gamelin, dessentwegen ich heute den ganzen Tag beim Sicherheitsauschuß verbracht und der mir nicht mal dafür dankte. Schellen Sie ihn aus!“

„Ach Bürgerin“, leuchtete der Soldat, „Sie sehen unsere Gesetzgeber in den Tuilerien! Welch betäubender Anblick! Die Vertreter eines freien Volkes in den Kruggemächern eines Despoten! Dieselben Kronleuchter, die normals die Verschwörung Capets und die Orgien Marie Antoinettes beleuchteten, brennen jetzt bei den Nachsitzungen unserer Gesetzgeber! Die Natur schaudert!“

(Fortsetzung folgt.)

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Mittwoch, 27. Mai. B. 61. „Die Bohème“, Oper in 4 Akten von Puccini. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.
 Donnerstag, 28. Mai. C. 62. „Das Anseher“, musikalisches Lustspiel in 1 Akt von Beer-Walbrunn. „Sufianens Geheimnis“, Intermezzo in 1 Akt von Wolf-Ferrari. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 10 Uhr.
 Freitag, 29. Mai. B. 63. „Seite 105“, Lustspiel in 8 Akten von Halm und Sander. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende nach 10 Uhr.
 Samstag, 30. Mai. A. 63. „Wilhelm Tell“, Schauspiel in 5 Akten von Schiller. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 11 Uhr.
 Sonntag, 31. Mai. 61. Vorst. auß. Ab. „Tristan und Isolde“, in 3 Akten von Wagner. Anfang 6 Uhr, Ende gegen 11 1/2 Uhr.
 Montag, 1. Juni. 52. Vorst. auß. Ab. „Die schöne Helena“, komische Oper in 3 Akten von Offenbach. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 10 Uhr.

und Schrift heftig bekämpft und geschlossen abgelehnt und wenn die Zentrumsprelle jetzt den 111 Sozialdemokraten vorwerfen, sie hätten im Reichstage „außer der größten Flottenvorlage und außer der Militärvorlage für die Armee so gut wie nichts erreicht.“ so ist das der Gipfel einer unehrlichen Polemik. Das Zentrum war doch immer dabei, mit der bürgerlichen Mehrheit die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion niederzustimmen und wenn 286 bürgerlichen Stimmen nur 111 sozialdemokratische gegenüberstehen, so ist das keine Kunst.

Derart sind die Leistungen der „guten Presse“.

Schluss des Landtags.

Wie zu Beginn des Landtags tauchen jetzt wieder zum Schlusse allerhand Vermutungen auf, wann der Schluss des Landtags erfolgen wird. So will ein hiesiges Blatt wissen, daß der Landtag am 20. Juni geschlossen wird. Es wird dies selbstverständlich eine reine Vermutung, deren Eintreffen von der Abwicklung der Kammerverhandlungen abhängt. Jedenfalls dürfte jedoch der Schluss zwischen 20. und 25. Juni liegen.

Ein Reihe Wünsche der Bahnarbeiter

brachte in der gestrigen Landtagsitzung Genosse Weber vor, wobei er sich vor allem gegen die Affordarbeit wandte und auch die Dringlichkeit der Lohnhöhung begründete. Im Anschluß daran behandelte Genosse Weber noch Verbesserungswünsche bezüglich des Durlacher Bahnhofs, um hierbei auch Klagen der Arbeiter an der Betriebswerkstätte in Durlach vorzubringen, deren Beseitigung er als unbedingt notwendig bezeichnete.

Für eine Förderung des Karlsruher Vorortverkehrs trat in der gestrigen Sitzung entschieden Genosse Kurz ein, da diese Frage von größtem Interesse für die Arbeiter der Umgebung von Karlsruhe ist. Zum Schlusse brachte dann noch Genosse Kurz eine Reihe Arbeiterfragen zur Sprache, worunter besonders eine Interesse der Fall verdient, der einer Gefährdung des Koalitionsrechtes der Staatsarbeiter sehr nahe kommt. Eine entschiedene Sicherstellung muß auch für die Staatsarbeiter conditio sine qua non sein.

Zentrumshefte. Wir berichteten vor einiger Zeit aus Diersburg (Amt Offenburg), daß gegen den dortigen Hauptlehrer Grumbel von Zentrumsseite eine inhumanische Hege getrieben wird, weil er den unerbittlichen Fehler an sich hat, eine andere politische Meinung zu haben wie der Herr Pfarrer. Man ging sogar soweit, eine Deputation, bestehend aus Zentrumsmitgliedern, an den Kreisrat zu entsenden, die aber, wie man zu sagen pflegt, abgelehnt ist. Jetzt haben Blättermeldungen zufolge 63 Zentrumsanhänger eine Beschwerde gegen den liberalen Hauptlehrer beim Kreisrat angebracht, um dessen Veretzung zu bewirken. Dem Hauptlehrer wird vorgeworfen, er leiste „nimmermehr“ Geharbeit, was von anderer Seite bestritten wird. Sehr hübsch nimmt sich in der Anschuldigung der Satz aus: Grumbel verleihe es, als gebildeter Mann, die Leute für sich einzunehmen! Das scheint zugutreffen, denn der Gemeinderat, der aus 3 Protestanten und 4 Katholiken besteht, darunter 1 Mitglied, das auch dem kath. Stiftungsrat angehört, hat einstimmig den Angegriffenen in Schutz genommen.

So arbeitet die Partei für „Wahrheit, Freiheit und Recht.“

Offenburg, 26. Mai. Der Landesverband der Tierzüchtervereine und der Verband der Fleischbeschauer hielten letzten Sonntag ihre Tagungen in Offenburg ab. Die Verhandlungsgegenstände beider Verbände sind von allgemein sozialer Interesse. Weiden Tagungen wohnten Vertreter der Regierung und des Stadtrates bei. Die Fleischbeschauer, die in großer Zahl aus dem ganzen Land erschienen waren, wurden namens des Stadtrats von Stadtrat Monisch begrüßt. Die Verhandlungen und Vorträge zeigten, welche hohe Bedeutung die Fleischbeschau für die Gesundheit in sich schließt. Krasse Fälle wurden mitgeteilt. Bürgermeister Schwarz von Karlsruhe verlangte in seinem Referat, daß nur Männer zur Fleischbeschauern staatlich ausgebildet werden sollten, die einen einwandfreien Charakter haben, intelligent sind und einen guten Schulgrad mitbringen. Streng sollte die Regierung verlangen, daß die Fleischbeschauer belehrend wirken, zu allen Anordnungen beizugehen und gewissenhaft und streng die Anzeigepflicht erfüllen sollen, wenn irgendwo tuberkulöse Tiere sich in einem Stalle befinden. Aufseitige Anerkennung fand die vorgeschlagene Rede unseres Genossen Abg. Kurz im Landtag.

Nach den interessantesten Beratungen und einem guten Mahle in der „Mischhalle“ wurden die Sebenswürdigkeiten der Stadt, Museum, Anlage, Schlachthaus usw. besichtigt.

Herr Dr. Haas und die Unterbeamten.

Der Reichstagsabgeordnete des 10. Kreises Herr Dr. Haas schrieb bekanntlich letzte Tage im „Bad. Landesbote“ einen Artikel, der die schamlose Haltung der Regierung und der bürgerlichen Parteien im Reichstage beim Besoldungsgeetz der Postunterbeamten verteidigen sollte. Wir haben diesem eiteln Beginnen im Leitartikeln unserer Montagnummer die entsprechende Antwort erteilt. Da aber jetzt gerade Bürgerauswahl ist, kommt die authentische Darlegung jener Vorgänge im Reichstage, den Fortschrittler, die mit schuld daran sind, daß die am schlechtesten gestellten Unterbeamten weiter in den Mond gucken können, sehr unangelegen. Deshalb fand Herr Dr. Haas sofort die nötige Zeit, um in der gestrigen Nummer des „Landesboten“ eine längere „Erwiderung“ vom Stapel zu lassen. Man kann nicht sagen, daß dieselbe geeignet ist, die Situation für die Fortschrittler zu retten, trotzdem dieselbe alle Schläfen der juristischen Dialektik springen läßt.

Latzfische ist einmal, und das kann Herr Dr. Haas nicht in Abrede stellen, daß nach Ablehnung des Kompromißantrages die sozialdemokratische Fraktion beantragte, die zur Aufbesserung der Unterbeamten der Landbriefträgerklasse nötige Summe von 260 000 Mark in den Etat einzustellen, um diese schlecht bezahlte Klasse auf alle Fälle vor der Schädigung zu bewahren, die ihr aus dem Konflikt zwischen Reichstag und Bundesrat zu erwachsen drohte. Auf diesen Vorschlag fand die Regierung und die bürgerlichen Parteien nicht eingegangen, trotzdem sie alle vorher den Beamten helfen wollten. Herr Dr. Haas nennt den Antrag der Sozialdemokratie „sinnlose Demonstration“, an der sich „keine andere Partei beteiligte“. Und warum beteiligten sich die bürgerlichen Parteien nicht an

dieser „sinnlosen Demonstration“? Weil der Antrag von der Sozialdemokratie kam. Wäre er von einer bürgerlichen Partei eingereicht worden, wäre es vielleicht gegangen, aber so nimmermehr. Das darf nicht sein, daß eine Gruppe von Reichsbeamten aus der Hand der Sozialdemokraten etwas annehme, das hieße ja dem „Zukunftstaats“ Konzessionen machen. Deshalb auch die in Umlauf gesetzte Drohung mit der Reichstagsauflösung, vor der die bürgerlichen Parteien zusammengekniert sind — auf Kosten der Unterbeamten.

Wenn Herr Dr. Haas jetzt die Sozialdemokratie für das Scheitern der Vorlage verantwortlich zu machen sucht, so ist das nach Lage der tatsächlichen Verhältnisse eine sehr unnobele Aktion. Die Schuld tragen in erster Linie die Regierung und in zweiter Linie die bürgerlichen Parteien, die ihr gegenüber nicht das nötige Rückgrat zeigten. So wird die Sache auch von den Beamten, die jene Verhandlungen verfolgten, aufgefaßt.

Die „Deutsche Post“, das Organ des weit über 100 000 Mitglieder zählenden Verbandes der unteren Post- und Telegraphenbeamten, dem auch die Landbriefträger angehören, beschäftigt sich nämlich in ihrer Nummer vom 24. Mai ebenfalls mit dem Scheitern der Besoldungsnovelle. Nach einer zusammenfassenden Betrachtung über den Gang der Verhandlungen wird dort ausgeführt:

„Aus all diesen Gründen können wir die Haltung der Reichsregierung nicht begreifen, noch dazu, wo es sich um eine geringe Einkommensverbesserung gering besoldeter Beamten handelt. Wir können nur unsern tiefsten Schmerz und unser tiefstes Bedauern zum Ausdruck bringen, daß wir wie im Jahre 1909 so auch jetzt wieder in die unangenehme Lage verwickelt sind, das Scheitern unserer Wünsche auf die Haltung der hohen Reichsregierung zurückführen zu müssen.“

Der Verband hätte seinen Grundjahren ins Gesicht geschlagen, seine Pflicht aufs äußerste vernachlässigt, wenn er untätig zugehört hätte, wie ein großer Teil seiner Mitglieder in seinen berechtigten Interessen eine schwere, nicht wieder gut zu machende Schädigung erfuhr. Eins war nicht zu übersehen: wurde das Besoldungsgeetz ohne Einbeziehung der Besoldungen verabschiedet, so war das Schicksal der Oberbeschaffner aller Wahrscheinlichkeit bis zum Jahre 1918 besiegelt.

Eine andere Organisation, die in einer Situation wie der diesjährigen eine andere Politik eingeschlagen hätte, wie sie der Verband im Interesse der Oberbeschaffnerklasse eingeschlagen hat, wäre nicht mehr wert, sich als eine Stützorganisation zu bezeichnen. Eine Organisation, die bei einer derartig selbstverständlichen Politik, bei dem geringsten Hindernis zusammenzubrechen wollte, hätte ebenfalls ihren Beruf verfehlt, denn gerade bei der Überwindung von Schwierigkeiten und Hindernissen ist die Kraft der Organisation, soweit sie sich in zulässigen und gesetzmäßigen Grenzen betätigen kann, in Anwendung zu bringen. Darum war es eine Ehrenpflicht für den Verband, nachdem er sich in seinen Wünschen und Forderungen das äußerste Maß von Zurückhaltung auferlegt hatte, nicht von der Seite des Reichstags zu weichen, der um unferntwillen in einen Gegensatz zur Regierung geraten war.

Ebenso wenig wie dem Reichstage ist es uns auch nur einen Augenblick in den Sinn gekommen, daß an der Novelle für die Oberbeschaffner das ganze Gesetz scheitern könnte. Und als die bunten Wolken einer drohenden Katastrophe wider Erwarten sich dennoch über unsern Häuptern zusammenzogen, vermochten wir vorberhand an einen schlimmen Ausgang nicht zu glauben. Wir verdoppelten unsere Kraft, wir wurden nicht müde, in unsern Bemühungen für das Zustandekommen des Gesetzes bei den Parteien zu werben, für das Zustandekommen in einer für uns annehmbaren, d. h. in einer die Interessen der Landbriefträger und Oberbeschaffner angemessen berücksichtigenden Form. Wir gaben den Parteien zu verstehen, daß wir zur Vermeidung jedweder, auch nur vorübergehender, Schädigung der Landbriefträger uns zur Not damit einverstanden erklären würden, das Gehalt der Oberbeschaffner erst vom 1. April 1915 ab zu erhöhen. Wir machten dies Zugeständnis in letzter Stunde, um zu retten, was zu retten war, um die Aufbesserung der Landbriefträger nicht zu gefährden und die Aufbesserung der Oberbeschaffner für 1915 zu sichern. Auch das war nicht zu erreichen. . . .

In dem Bewußtsein, in schwieriger Stunde auf schwierigstem Boden seine Pflicht getan zu haben, setzt der Verband seinen Kurs fort in der Gewißheit, daß der Erfolg nur noch eine Frage von wenigen Monaten ist.

Der Landbriefträger, der einige Monate länger auf das höhere Gehalt wartet, wird das tun in dem Bewußtsein, daß er wie der Postbote und Schaffner seine Aufbesserung der Wirksamkeit des Verbandes zu danken und daß es für alle unteren Beamten unter Umständen von verhängnisvoller Wirkung hätte sein können, wenn die Möglichkeit bestände geblieben wäre, die Oberbeschaffner erst 1918 aufzubessern.“

Das ist eine glatte Abfuhr der Kompromißparteien und eine völlige Rechtfertigung der Haltung der Sozialdemokratie.

Mögen die von den bürgerlichen Parteien wieder einmal betrogenen Unterbeamten die entsprechende Schlußfolgerung ziehen.

Badischer Landtag.

In der gestrigen Fortsetzung der Beratung des Eisenbahnbetriebs wurden durch die Genossen Weber und Kurz eine Reihe Arbeiterwünsche vorgebracht, worunter besonders das Verlangen nach Abschaffung der Affordarbeit und nach Erhöhung der Löhne hervorsticht. Eine lebhaft Auseinandersetzung rief die Äußerung des Zentrumsabgeordneten Spang hervor, der im Anschlusse an die Veretzung des dem Zentrum nahestehenden Betriebsinspektors Schneider von Klauenwirtschaft und Parteipolitik auf der Generaldirektion sprach. Sowohl Finanzminister Dr. Rheinboldt wie Staatsrat Roth wiesen diesen Vorwurf entschieden zurück, der, wie Generaldirektor Roth meinte, gerade der Rechten schmeichle. Zutreffend erinnerte der fortschrittliche Abgeordnete Venede daran, daß das Zentrum keine Ursache habe, von parteipolitischen Tendenzen zu reden, nachdem es selbst auf diesem Boden sehr wenig sicher stehe.

*

82. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

gr. Karlsruhe, 26. Mai.
Präsident Rohrbach eröffnet die Sitzung um 9.20 Uhr.
Am Regierungstisch: Finanzminister Dr. Rheinboldt und Kommissäre.

Eingänge. Petitionen: des Vereins für badische Wände um zweckmäßige Gestaltung der Wälderfürsorge in Baden; einer großen Anzahl von Lehramtspraktikanten des Jahrgangs 1912 um Milderung der Maßnah-

men der Gr. Regierung in Betreff ihrer Anstellungsverhältnisse; der mittleren technischen Eisenbahnbeamten um Regelung ihrer Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse, insbesondere den Vorrang des Staatsvoranschlags betr.; des Vereins der Amtsdieners der Gr. Bad. Staatsbahnen um Verbesserung der Einkommensverhältnisse derselben; des Apothekers a. D. Bloß sowie des Geh. Medizinalrats Professor Dr. Kumpf in Bonn u. a. in Betreff der Lokalisierung der Prostitution; der Firma Wieland u. Weber in Oberstrot um Rechtshilfe, samt Denkschrift in Betreff der Wasserbenutzung an der oberen Murg.

Eisenbahnbetrieb.

Präsident Rohrbach teilt mit, daß Petitionen, die nach Pfingsten eingehen, Anspruch auf Behandlung nicht mehr haben.

Finanzminister Dr. Rheinboldt: Die Frage der Dienst- und Ruhezeit wurde schon so oft behandelt, daß Neues hierzu nicht mehr zu sagen ist. Eine reichsrechtliche Regelung hält die Regierung nicht für notwendig und zweckmäßig. Ebenso lehnt sie eine andere gesetzliche Regelung ab. Die gesetzliche Regelung erfolgte in der Schweiz, als die Bahnen noch Privatbesitz waren. Ebenso ist ein Hinweis auf die Gewerbeordnung sinfällig. Der Staat braucht für seine Arbeiter keine besonderen gesetzlichen Bestimmungen. Wo sich Härten zeigen, ist der Staat auf Milderung bedacht. Bezüglich der Festlegung der Eisenbahntarife möchte ich betonen, daß eine solche heute nicht am Platze ist. Man kann die Eisenbahntarife nicht als Steuern bezeichnen. Man kann das heutige Verhältnis des Staates zu den Staatsarbeitern nicht als Gewaltverhältnis bezeichnen. Der Staat wird für die Arbeiter tun, was er kann. Die Staatsarbeiter sind heute besser dran als bei einem Rechtsverhältnis. Die geltenden Bestimmungen über die Dienst- und Ruhezeit haben sich als völlig ausreichend erwiesen. Die hierüber bestehenden Vorschriften sollen milde gehandhabt werden. Die allgemeine Einführung des Achtstundendienstes für den Rangdienst scheint mir nicht angängig. Wir werden dafür sorgen, daß eine mehr als viermalige Wiederholung des Nachdienstes eine Seltenheit wird. Ebenso werden wir der Mittagszeitfrage Aufmerksamkeit schenken. Die Abschaffung der Affordarbeit wurde früher vom Hause abgelehnt. Die Petitionen der beiden Verbände empfahl die Kommission dahin, empfehlend zu überweisen, daß statt der beabsichtigten 10 Pfg. eine Aufbesserung von 20 Pfg. erfolgt. Demgegenüber möchte ich auf die finanziellen Aufbesserungen der letzten Jahre verweisen. Die Gr. Regierung hat bei nochmaliger Prüfung sich entschlossen, außer der Lohnhöhung von 1912, mit Wirkung vom 1. Juli 1914 eine weitere Lohnerhöhung von 10 Pfg.

für alle Arbeiter eintreten zu lassen und die Mittel in den Etat einzustellen. Ebenso soll

eine Neuverteilung der Ortsgruppen

vorgenommen werden. Die gesamte Lohnaufbesserung beträgt 1 200 000 M. Die Vermessung der Arbeitszeit ist nicht so schlimm aufzufassen, da zwischenhinein Ruhepausen fallen. Baden schneidet bei einem Vergleich seiner Löhne mit anderen Staaten nicht schlecht ab. Bei den Löhnen muß auf die Privatindustrie und auf die Landwirtschaft Rücksicht genommen werden. Die Eisenbahnarbeiter werden nicht so angeknagert, wie in der Industrie. Außerdem werden in Notfällen Unterstützungen gewährt. Ob unter den jetzigen Finanzverhältnissen der

Antw. auf eine Lohnerhöhung

von 20 Pfg. erfüllt werden kann, wird das Staatsministerium bei Aufstellung des Nachtragssetz prüfen. Eine weitere Vermehrung der Stellenzahl des Zugbegleitpersonals müssen wir für dieses Budget ablehnen, da dies eine Minderwirkung auf andere Staatsstellen hätte. Der Wunsch nach Vermehrung des Lokomotivpersonals erscheint dagegen nicht ganz unbedeutend. Es wird daher geprüft werden, ob eine Anforderung weiterer 25 Lokomotivführerstellen vertretbar wäre. Damit würden die Beförderungsverhältnisse der Heizer gebessert werden. Bei der Besetzung der Stationsämter berücksichtigen wir das Dienstalter. Auch an größeren Bahnhöfen sind vielfach mittlere Beamte als Vorhände tätig. Eine Gleichmäßigkeit der Vorbildung der Staatsbeamten ist zweckmäßig. Der Abg. Kahn hat gestern die Anfrage gestellt, ob es richtig ist, daß ein

Beamter in Offenburg

in den Räumen und Werkstätten der Betriebsinspektion für die letzten Landtagstagen eine politische Propaganda entfaltet. Es ist dies mir nicht bekannt. Ich könnte dies auch nicht billigen, da es nicht angängig ist, in dienstlicher Eigenschaft politische Propaganda zu treiben. Die Vorgänge am Karlsruher Bahnhof behauere ich sehr. Wir sind sofort eingeschritten, ohne jede Voreingenommenheit — so bald wir Kenntnis hatten. Damit dürfte die Sache erledigt sein. Was den

Generaldirektor Roth

betrifft, so hat dieser selbst den Wunsch geäußert, auf die vom Abg. Koll gegen ihn gerichteten Angriffe selbst zu erwidern. Ich enthalte mich bei solchen Fällen tunlichst eines jeden Urteils. Wie ich die Kraft des Generaldirektors Roth schätze, habe ich des öfteren zu wissen gegeben. Eine Aenderung meiner Meinung ist nicht eingetreten. Man sollte doch nicht vergessen, daß die Leitung unserer Staatsbahnen sehr schwierig ist. Und mit dem Endergebnis zufrieden zu sein, haben wir alle Ursache. Das Verdienst der Entwicklung unserer Eisenbahnen gebührt nicht zum mindesten Herrn Roth.

Abg. Blum (Nat.) äußert Wünsche bezüglich des Mannheimer Bahnhofes. Die Regierung sollte an die Brücke zwischen Mannheim und Ludwigshafen denken.

Abg. Weber (Soz.)

Nach den Ausführungen des Ministers kann man annehmen, daß die

Arbeiter wenig Hoffnung

auf Erfüllung ihrer Wünsche haben können. Insbesondere lehnt die Regierung die Abschaffung der Affordarbeit ab. Dies ist bedauerlich; vor allem soweit Reparaturarbeiten in Frage kommen. Die Regierung sollte auch der notwendigen Förderung der freien Samstagnachmittage wohlwollend gegenüberstehen. Ebenso sollte die Frage der Freifarten nochmals geprüft werden. Zu wünschen ist, daß die Regierung bei nochmaliger Prüfung die gewünschte Aufbesserung von 20 Pfg. gewährt. Auffallend ist, daß sich hierbei die Regierung Sorgen um die Minderwirkung auf die Privatindustrie macht. Dies sollte nicht ausschlaggebend sein. Von der

Betriebswerkstätte in Durlach

liegen mir Klagen vor, daß die dort beschäftigten Arbeiter besonders gegenüber der Karlsruher Hauptwerkstätte zurückstehen müssen. Insbesondere wird über die schlechte Entlohnung in der Dreherei geklagt. Bei den Montierarbeiten sollte daran gedacht werden, daß hier auch erhöhte Ausgaben entstehen. Auch über die zahlreichen Ueberstunden wird geklagt. Die Ueberstunden dürfen nicht zur Regelmäßigkeit werden. Besonders wird über die Behandlung zweier Aufsichtsbekannteten, Glaser und Giesler, geklagt. Schimpfnamen fallen sehr oft und Beschwerden haben wenig geholfen. Hier sollte nach dem Nötigen gesehen werden. Auch über ungenügende sanitäre Maßnahmen wird geklagt. Zu wünschen ist, daß die Betriebsleitungen ans Telefon angeschlossen werden, um im Falle von Unfällen sofort einen Arzt beizubringen. Auch für Badegelegenheit sollte endlich gesorgt werden. Der gesteigerte Verkehr in

Durlach

macht es nötig, daß im Bahnhof endlich einmal ein Restaurant

zum mindesten ein Buffet errichtet wird. Der Verkehr in Durlach nimmt ständig zu, was die vermehrte Ausgabe der Wäpfe beweist. Die Regierung sollte daher den Wunsch nachmals prüfen. Auch mit dem Zughalten sollte Durlach mehr entgegenkommen werden. Insbesondere sollten die Züge nach Pforzheim besser Anlauf haben.

Abg. Veszer (Zentr.): Mir scheint der Rebel über dem Karlsruher Bahnhof immer dichter zu werden. Der Minister ist auf die Ausführungen meines Freundes Köhler nicht weiter eingegangen. Keine Antwort ist auch eine Antwort. Eine völlige Neueinteilung der Ortsgruppen tut not. Die Arbeiter sind, soweit sie Reparaturen betreffen, ein Übel.

Abg. Vesbter (nall.) bespricht Verhältnisse an der Wiesentalbahn. Man hat den Eindruck, als ob die Bahnverwaltung mit etwas Uebereile an die Elektrifizierung der Wiesentalbahn herantretet, was sich hintennach rächt.

Abg. Kurz (Soz.): Ich möchte die Generaldirektion bitten, der Eingabe der Ortsnerven Fabrik bezüglich der Arbeiter-Wochenkarte Rechnung zu tragen, um eine rasche Beförderung der Arbeiter zu ermöglichen. Bedeutungslos ist auch die Frage des Karlsruher Vorortverkehrs.

Es war eine große Enttäuschung, daß der Vorortverkehr nicht in vollem Maße eingeführt wurde, wie man erwartet hatte. Man sollte hier die notwendigen Wünsche der Arbeiter berücksichtigen. Für die Unterbringung der Fahrräder der Arbeiter sollten alte Eisenbahnwagen zur Verfügung gestellt werden. Ich habe mich in dieser Frage früher schon bemüht, ohne eine Zusage zu erhalten. Beschwerden liegen auch deshalb vor, weil man Arbeiter nicht mit ihrer Wochenkarte von der militärischen Musterung zurückfahren ließ. Nun zu Arbeiterfragen!

Zu wünschen ist, daß die Streckenarbeiter mit Nachschubjoppen versehen werden, um vor der Witterung geschützt zu sein. Auch wurde mir gesagt, daß bei den Streckenarbeitern große Unterschiede in der Entlohnung bestehen. Hier sollte Gleichmäßigkeit herrschen, denn die Lebenshaltung zwischen Stadt und Land ist gleich. Dann wurde gesagt, daß die Hallenarbeiter anders entlohnt werden als die Streckenarbeiter. Wie es mit dem Koalitionsrecht bestellt ist, geht daraus hervor, daß ein Mann mit 3 M. bestraft wurde, weil er den Vorzug in einer Eisenbahner-Versammlung führte. Dies zeigt, daß es schlimm um die Wahrung des Koalitionsrechts bestellt ist. Eigenartig hat mich berührt, daß der Betriebsinspektor nicht nur Geldstrafen, sondern auch Arreststrafen verhängen darf, wie ein dargelegener Fall beweist. Es dauert sehr lange, bis ein Arbeiter fest angesetzt wird. Ueber die Nichterhaltung der notwendigen Ruhezeit liegen Klagen vor. In Anbetracht der aufreibenden Tätigkeit der Geiger ist die jetzige Arbeitszeit viel zu lang. Die Arbeiter sollen auch mehr Freiheiten erhalten. Auch für die Verneiner der Altbahn sollte die Eisenbahngesellschaft die Regierung etwas tun, damit die Arbeiter unentgeltlich zur Arbeitsstätte gelangen können. Die Arbeiterschaft ist für ein Entgegenkommen dankbar.

Abg. Massa (Fortfchr.) bespricht Mißstände auf der Strecke Lahr-Dinglingen. Präsident Mohrhurst teilt mit, daß ein Antrag Massa (Fortfchr.), Wösch (Soz.) und Genossen einging, der den Ausbau der Nebenbahn Lahr-Dinglingen zu einer Vollbahn verlangt, um die vorhandenen Mißstände zu beseitigen.

Abg. Spang (Zentr.) äußert Begirwünsche. Es wäre interessant gewesen, wenn der Minister auseinander gesetzt hätte, was der Regierungsrat Red verbrochen hat. Die Verletzung Schneiders nach Konstantz ist eine Strafverletzung. Es sind hier die bekannten Einflüsse in der Generaldirektion schuld. Um den Betriebsinspektor Schneider nach Konstantz versetzen zu können, mußte der stonitzer Betriebsinspektor nach Heidelberg versetzt werden, trotzdem sich der Generaldirektor anfangs dagegen aussprach. Dies ist die Sparsamkeit, die zurzeit im Finanzministerium herrscht. Parteipolitik und Klientelwirtschaft scheinen mir in der Generaldirektion am Platze zu sein. Parteipolitische Tendenzen müssen in der Generaldirektion aufhören. Hier muß der Minister mit eiserner Hand zugreifen.

Abg. Dr. Koch (nall.): Baden hat am Durchgangsverkehr ein lebhaftes Interesse. Ist es der Regierung bekannt, daß Schweizer Beamte die Reisenden für die linksrheinischen Bahnen zu feilen suchen?

Finanzminister Dr. Rheinboldt: Dem Abg. Spang möchte ich sagen, daß es nicht üblich ist, über Disziplinaruntersuchungen in der Kammer Mitteilung zu machen. Dies ist Verwaltungs-sache. Ich bedauere die öffentliche Behandlung dieser Sache; auch im Falle Schneider. Politische Umtriebe werden in der Generaldirektion nicht geduldet.

Staatsrat Koch: Ich bestritte entschieden, daß in der Generaldirektion Klientelwirtschaft und Parteipolitik herrscht. Gerade die Fälle Schneider und Singrün geben keinen Anlaß, von Klientelwirtschaft zu reden. Denn beide entstammen der gleichen Partei. Es wundern mich, daß gerade die Rechte von politischen Strömungen in der Generaldirektion redet. (Sehr richtig links.) Dem früher sprach die Linke von mir als „schwarzen Mann“. Ich weiß jedoch in beiden Fällen nicht warum. Ich stelle nur fest, daß jetzt genau so wie früher, die Politik in der Generaldirektion eine fremde Erscheinung ist. Ich verwehere niemandem die politische Ueberzeugung und die politische Betätigung. Ich würde es jedoch als einen schweren Vorwurf betrachten, wenn man mir nur mit einem leisen Schimmer von Wahrheit nachweisen könnte, daß ich in meinem Betriebe politische Umtriebe gebildet hätte. Ich muß es in das Gebiet der Fabel verweisen, daß ich gegen die Verletzung Schneiders war.

Oberbaurat Courtin geht auf betriebstechnische Fragen ein, wobei er besonders die Störungen an der Wiesentalbahn behandelt. Der Bau des Rangierbahnhofes in Freiburg war nötig. Es ist nicht so, daß für den Karlsruher Personendevote nichts geschieht. Das Bedürfnis nach mehr Zügen von Karlsruhe nach Heilbronn ist nicht vorhanden. Es verkehren zurzeit genügend Sonntagszüge. Karlsruhe befindet sich also nicht in einer Einöde, wie man nach den Ausführungen des Abg. Koch hätte meinen sollen.

Abg. Benedy (F. Vp.): Die Abg. Köhler und Spang haben sich ausführlich mit dem Disziplinarverfahren beschäftigt und dabei scharfe Töne angeschlagen. Aus den Ausführungen Spangs wissen wir, daß es sich bei Dr. Red um einen politischen Gegner des Zentrums handelt. Nach Durchsicht der Akten gegen Red muß man sagen, daß hierbei sehr wenig herauskam. Es stellte sich nicht im geringsten eine Schuld des Dr. Red an den Unstimmigkeiten heraus. Es ist daher bedauerlich, daß vom Zentrum dies so aufgebauscht wird. Das Zentrum hat ganz und gar keine Ursache, von einem Schredensregiment auf der Generaldirektion und von parteipolitischen Tendenzen zu reden. In Konstantz ist zum Beispiel bekannt, daß es für die Arbeiter überflüssig sein soll, wenn sie in die Kirche gehen und in den Volksherein eintreten. Dies muß festgestellt werden. Der Kirchenbesuch spielte z. B. in einem mir bekannten Fall eine große Rolle. Ich bitte die Gr. Regierung, auch diesen Dingen nachzugehen. Sie (zum Zentrum) haben daher keine Ursache, sich als unschuldige Lämmer aufzuspielen. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß am hiesigen Bahnhof verkehrsrechtliche Beziehungen zwischen Betriebsinspektor und Bahnhof-restaurant bestanden, so muß man sagen, daß die Generaldirektion sehr sorgfältig war, wenn sie dem Bahnhofspersonal den Riß um einige 1000 M. billiger erließ, als anderen Leuten. Es ist dies wirklich eine ganz besondere Würdigung! Wenn dies von der anderen Seite dorkäme, wie würden Sie

(zum Zentrum) da auftreten. Für die Arbeiter und Beamten sollte mehr geschehen.

Abg. Köhler (Zentr.): Ich will nicht unterfragen, ob rot oder schwarz in der Generaldirektion Trumpf ist. Eine richtige Nachtrabe ist für die Bahnbeamten unbedingt nötig.

Präsident Mohrhurst teilt mit, daß ein von sämtlichen Parteien unterzeichneter Antrag einging, in dem die Regierung gebeten wird, in das Nachtragsbudget Mittel für die Stelle eines Bauinspektors einzustellen. Ferner liegt von sämtlichen Parteien eine Interpellation folgenden Inhalts vor: Durch die Entlassung einer Anzahl Lehramtspraktikanten sind diese in eine große Notlage geraten. Was gedenkt die Regierung zu tun, um hier Abhilfe zu schaffen?

Nächste Sitzung: Mittwoch vormittag 9 Uhr. Tagesordnung: Eisenbahnbetrieb. Schluß der Sitzung: 1 1/2 Uhr.

Die Budgetkommission der Zweiten Kammer

beriet gestern das Budget über das Murgtalwerk, für welches 8 840 000 M. angefordert sind. An Einnahmen für Pachtzins usw. sind 2000 M. vorgesehen. Der Referent stellt verschiedene Anfragen und macht insbesondere auf die Agitation des Ingenieurs Dr. Zander gegen das Murgtalwerk aufmerksam. Nach den Mitteilungen der Regierung beläuft sich der im Jahre 1913 für das Murgtalwerk gemachte Aufwand auf 2-3 000 000 M. Für das Jahr 1914 ist ein Betrag von 4-5 Millionen vorgesehen. Voraussichtlich wird die Zundernahme des Wertes im Sommer, spätestens im September 1916 erfolgen. Die Stellen sind in Angriff genommen, ebenso die Verlegung der Landstraße. Die bei Schönmünzach aufgefundenen Strubelwälder bleiben erhalten. Vergeben sind die Hochleitung, die Erzeugleitung, die Seilbahn, die Hochdruck-, die Niederdruck- und Erzeugturbine, die Generatoren usw., die Ausrüstung der Werkstätten, die Fernleitung, die Schaltkammer, die Fernüberwindung. Bei der Vergebung wurden gegenüber dem Vorschlag bei Einrechnung der 10prozentigen Uebererschreitung 11 845 M. Ersparnisse erzielt. Auch bei den Hochbauten konnten Ersparnisse gemacht werden. Bei der Vergebung der Stellen ist ein Mehraufwand von 6288 M. erfolgt, dagegen wurden die Gründungsarbeiten erheblich billiger vergeben. Der Preis für die Stromabgabe soll vorerst 4 Pf. pro Kilowattstunde betragen, es sei jedoch möglich, später einen billigeren Preis zu gewähren. Gegen die Agitation des Dr. Zander habe die Regierung schriftlich Stellung genommen. Nach den bisherigen Erfahrungen werde auch bei der Industrie Strom abgesetzt werden können. Mit der Eröffnung des Murgtalwerks werde genügend Absatz für die zu erzeugende Produktion vorhanden sein. An der Versorgung des Mittellandes mit elektrischer Kraft wolle sich auch die Stadt Karlsruhe durch Gründung einer gemischt-wirtschaftlichen Gesellschaft beteiligen. Die bezüglichen Verhandlungen seien noch nicht abgeschlossen. Es sei zu erwägen, ob der Staat selbst sich an einer solchen Gesellschaft beteiligen soll. Jedenfalls müßten die bezüglichen Verhandlungen jetzt beschleunigt werden. Man habe ferner geprüft, ob man die 100 000-Volleitung nicht bis Freiburg legen soll, um eine Verbindung mit den obererheinischen Kraftwerken herzustellen, wodurch auch den Anforderungen der Großindustrie Rechnung getragen werden könne. In der Kommission findet die Frage der Beteiligung des Staates an einer Verteilungsgesellschaft prinzipielle Zustimmung; von anderer Seite wird indessen Vorbehalt angezogen. Die Regierung erklärt, daß die Association des Murgtalwerks mit dem Außenbürger Wert der Erstellung weiterer Kraftwerke kein Hindernis bereite. Der Minister erklärt, daß man an die Frage der Beteiligung des Staates an einer gemischten Gesellschaft nur mit Vorbehalt herantreten könne, da die Vermögensgründe des Staates andere seien als die des Privatkapitals. Die Kommission stimmt dem Vorschlag über das Murgtalwerk zu.

Sobald wird in die Beratung der Denkschrift betr. die Versorgung des Landes mit Elektrizität eingetreten. Die Denkschrift stellt fest, daß die Anwendung der Elektrizität in Baden große Fortschritte gemacht hat. Die Verleihen der Regierung sind vor allem darauf gerichtet, einen billigen Preis für den Bezug der Elektrizität zu ermöglichen. Bis jetzt sind 88,5 Prozent der Gemeinden, das sind 64,8 Prozent der badischen Bevölkerung, versorgt. Im Ueberlande bestehen schon Stromabnahmeverbände. Der Staat ist darauf bedacht, die Gemeinden vor Ueberverteilung zu schützen. Das Ministerium hat Musterverträge anfertigen lassen. Die Denkschrift gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Monopolisierung der Elektrizitätserzeugung und Verteilung in privaten Händen durch die starke Beteiligung der Städte und Gemeinden an der Elektrizitätsversorgung und durch das Eingreifen des Staates durch das Murgtalwerk ein wirksamer Regel vorgeschoben sei. In den von der Regierung mit einzelnen Gesellschaften abgeschlossenen Verträgen sind Bedingungen über die Tarife etc. enthalten. Den einzelnen Gesellschaften ist feinerlei Monopolrecht zugestanden, immerhin ist mit einer Vertastung der Elektrizitätsgesellschaften zu rechnen. Die Kommission nimmt die Denkschrift unbeanstandet zur Kenntnis.

Aus der Partei.

Der neue Rosa Luxemburg-Prozess wird nicht in Freiburg, sondern in Berlin verhandelt. Man teilt uns von dort mit, daß die Anlage bei der Staatsanwaltschaft in Berlin und nicht in Freiburg erhoben ist. Demzufolge muß die Verhandlung auch in Berlin stattfinden, denn Genossin Luxemburg wohnt in Berlin-Friedenau. Der Anlage ist nun doch der Bericht der „Freie Volksw.“ zugrunde gelegt und zwar sind es jene Stellen, in welchen die Genossin Luxemburg das Kapitel der Soldatenmissethatungen erörterte. Dadurch sollen die Offiziere und Unteroffiziere des preussischen Heeres beleidigt worden sein. Die nunmehrige Angeklagte hat die Richtigkeit des Berichtes vor dem Untersuchungsrichter zugegeben. Sie beabsichtigt, einen umfangreichen Wahrheitsbeweis darüber, daß Soldatenmissethatungen im preussischen Heere häufig vorkommen und vorgekommen sind, zu führen. Der Rosa Luxemburg-Prozess dürfte also zweifellos noch interessant werden, wie der Prozess vor der Frankfurter Strafkammer.

Bewerkschaftliches.

Die Bruchhaler Maschinenfabrik A. G. vormals Schnabel und Henig

hat für ihre Aktionäre ein glänzendes Jahr geschäftlicher Entwicklung hinter sich. Ohne daß die Arbeiterzahl sich steigerte, vermehrte sich der Gewinn um 850 000 Mark. Er erreichte die respektable Höhe von 1 651 676 M. Statt „nur“ 20 erhalten die Aktionäre diesmal für ihre schwere Arbeit 25 Prozent Dividende. Die Aktionäre haben also alle Ursache recht zufrieden mit dem abgelaufenen Jahre zu sein.

Nicht so die Arbeiterschaft. Während die Unternehmer der Firma Reichtum auf Reichtum sammeln, sind die Arbeiter in der Fabrik unermüdlich tätig, das Los der Arbeiterschaft immer unerträglicher zu gestalten.

In dieser Fabrik, die jährlich aus ein paar Hundert Arbeiter Millionengewinne herausschlägt, vergeht kein Tag, wo nicht Lohnabzüge vorkommen. An Duzenden von Afforden wurde erst wieder in den letzten Wochen abgezogen. Ohne Rücksicht auf den Arbeiter kommen 30, 40, 50, 60 und mehr Prozent zum Abzug. Wo früher für 100 Teile 1,50 M. bezahlt wurde, gibt es jetzt nur noch 50 Pfennig. Wo schon nahezu alles abgezogen ist, werden 1/4 und 1/10 Pfennig weggemacht. Je schwerer bei den Vorgesetzten führen zu keinem Erfolg. Die Meister erklären, daß sie selbst einsehen, daß die Arbeit nicht mehr richtig zu den verabsagten Preisen zu machen ist, allein sie könnten daran nichts ändern. So trostlos sieht es in einem Betriebe aus, der in der Hauptsache für den Staat arbeitet. So werden die Arbeiter behandelt, denen wir im Eisenbahnbetrieb durch ihre exakte Arbeit unser Leben anvertrauen. Wenige heimischen unermehliche Reichtümer ein und die Vielen, die die Profite schaffen, werden durch fortgesetzte Abzüge „belohnt“. Nach ein Bild wollen wir von diesem Betriebe zeichnen. Es gibt in diesem Eldorado heute noch verheiratete Leute, die täglich schwer arbeiten müssen und nicht mehr wie 3 Mark bis 3,30 Mark pro Tag verdienen. Wir können nicht unterfragen, ob die Aktionäre davon Kenntnis haben, daß ein Teil derjenigen, die die Millionen schaffen, an Hungerlücke nagen muß. Drei Mark täglich reicht für einen Strick zum Hängen, aber zum Leben mit einer Familie ist es entschieden zu wenig.

Wir fragen die Leitung der Fabrik, der diese unheimlichen haren Zustände bekannt sein müßten, ob sie nicht in Interesse des Ansehens der Firma recht bald wenigstens die allergrößten Mißstände beseitigen will. So wie bisher kann unmöglich länger weiter gehen.

Aus Weingarten (Amt Durlach), wird uns geschrieben, daß die Arbeiter der Porzellanfabrik Weingarten in letzter Zeit sich bitter zu beschweren haben, daß sie am Sonntag ohne Geld nach Hause geschickt werden. Im § 9 der Fabrikordnung heißt es zwar großartig, daß jeden Mittwoch Fabriktag ist. Aber wenn der Mittwoch da ist, gibt es kein Geld. Die Arbeiter sind daher der Meinung, wenn man von ihnen die Beachtung der Fabrikordnung verlangt, die Fabrikleitung zum mindesten auch ihrerseits darauf sehen sollte, daß dieselbe zunächst einmal von ihr selbst beachtet wird.

Ein Erfolg im Karlsruher Kreis. Bei der Wahl der Vertreter zum Versicherungsamt in Trier entfielen auf die Liste der katholischen Fabrikarbeiter 3120, auf die Liste der Christlichen 2616, auf die der freien Gewerkschaften 2344 Stimmen.

Eine christliche Schlapp. Bei der Vertreterwahl zur Bauinnungs-Krankenkasse in Essen erhielten die freien Gewerkschaften 916, die Christlichen 841 Stimmen. Beide Nominierungen bekommen wie früher je 6 Vertreter. Die Christlichen hatten bestimmt auf einen glänzenden Sieg gerechnet. Sie hatten sich mit den Konservativen verbündet und diese haben den Arbeitern zum Teil recht erhebliche Schwierigkeiten bei Erlangung der Legitimationen etc. gemacht.

Wahlen zum Versicherungsamt. Im Landkreis Essen erhielten die freien Gewerkschaften 10 190 Stimmen und 3 Vertreter, die Christlichen 18 569 Stimmen und ebenfalls 3 Vertreter. Im Stadtkreis Essen erhielten die freien Gewerkschaften 31 137 Stimmen, die Christlichen 27 061 und die Weißen 5043 Stimmen. Die freien Gewerkschaften und die Christlichen erhalten je 4 Vertreter, die Weißen gehen leer aus.

Vertreterwahl zum Versicherungsamt. Bei der Wahl der Vertreter für das Versicherungsamt in Elberfeld wurden für die Liste der freien Gewerkschaften 28 876 Stimmen abgegeben. Auf die christliche Liste entfielen 5979 Stimmen. Die freien Gewerkschaften erhalten 5 Vertreter und 10 Ersatzmänner, die Christlichen 1 Vertreter und 2 Ersatzmänner. In Darmen wurden für die freien Gewerkschaften 20 866 und für die Christlichen 15 449 Stimmen abgegeben. Hier erhalten die freien Gewerkschaften 4 Vertreter und 6 Ersatzmänner, die Christlichen 2 Vertreter und 6 Ersatzmänner.

Genossenschaftsbewegung.

Weingarten, 26. Mai. In der Wirtschaft zum „Möhl“ hielt am letzten Sonntag der hiesige Lebensbedürfnisverein seine halbjährliche Generalversammlung ab, welche einen anregenden Verlauf nahm. Aus dem Tätigkeitsbericht ging hervor, daß eine erfreuliche Aufwärtsbewegung in der Mitgliederzahl zu verzeichnen ist; ebenso ist der finanzielle Stand des Vereins ein sehr guter. Mit Genehmigung können Vereinsleitung und Mitglieder die Anerkennung des Verbandsrevisors hierfür buchen. Einstimmig wurde von der Versammlung die Errichtung einer Verkaufsstelle in Pöhlhingen beschlossen, wozu 127 Mitglieder vorhanden sind. Die Gesamtmitgliederzahl beträgt 693. Der Aufsichtsrat wurde von 8, auf 10, auf 12, auf 14 Mitglieder vermehrt. Fast einstimmig wurden die ausstehenden und die von Pöhlhingen vorgeschlagenen Aufsichtsratsmitglieder gewählt. Sehr beachtenswert waren die Ausführungen verschiedener Redner über genossenschaftliche Treue und Pflichten. Es kam hierbei besonders zum Ausdruck, daß es im Interesse eines jeden Mitgliedes liegt, etwaige Beschwerden sofort an der geeigneten Stelle, eventuell in der Generalversammlung, vorzubringen und diese nicht zum Gaudium der Gegner an die große Glocke zu hängen.

Soziale Rundschau.

Mörsch, 26. Mai. Da nun seit längerer Zeit die hiesigen Metzgermeister von jedem Schwein, welches sie ausschachten, den 4. Teil als Profit haben, werden wöchentlicher ein oder zwei, auch drei Schweine von den Landwirten geschlachtet und das Pfund zu 70 Pf. verkauft, während es bei den Metzgern 80 Pf. und noch mehr kostet. Am letzten Samstag verkauften die Metzger nun das Pfund zu 60 Pf. Aber schon abends 7 Uhr war bei ihnen nichts mehr zu 60 Pf. zu haben, sondern sie verlangten wieder die hohen Preise. Das Spiel wurde aber durchschaut und die Landwirte brachten ihr Fleisch zu 70 Pf. fort.

Neues vom Tage.

Suffragettenstreife. London, 24. Mai. Gestern abend haben zwei Suffragetten im British Museum die Scheiben eines Behälters zerbrochen, in welchen sich mehrere ägyptische Mumien befanden. In Edinburgh hat eine Suffragette in der königlich-schottischen Galerie ein prächtiges Gemälde König Georg V. zertrümmert. Sie wurde bei der Tat verhaftet. Auch in weiteren Kunstausstellungen wurden von Suffragetten Verwüstungen gemacht, Bestürzungen anrichtet. Die meisten Museen und Kunstinstitute sind deshalb für kurze Zeit geschlossen worden.

Sittlinge.

der Karlsruher hinausgehender Altbahn Karlsruher Hauptbahnhof, wo

bernde.

Karlsruher die Germeil ein der Meier Stadtrath daß die Weisen 20 m a sind, die Stenungsbahn talbahn Sm!

fischerem.

öffentlichen Herrenklub Züge tägl

Durlach.

Worsch h bauamt fi umbau v überwiegen über die r soll noch die einze 3900 M. nend ir frau en am st itzunge ge darauf zu erricht dem dort soll, weid männerbir ausgedrüc Der Bürg erat getro zu einhe eine Bürg stand als Offenbur

Offenbur.

Die nach jahren griff gena ein hilg früher Ka einem St sollten nicht durch ent Unkosten. Die V burger G auf bezüg tagabgebu tag übertr schadet, u mit dem b urg der Sache das bestimmt

Arb.

In unseer Schlußf ge gericht-Ed lich angeg das Zeit

Geell.

Das Stuttgar Gefellshaf wie nachst gleich aber Die V Hauptbah ist auf de Abfahrt u dafür gejo wigsburg Der Zug Böllingen gen, Kamm europäis heim 16 30 Minut Soarbrück hätten gen durch die bolle Moa nehmer V hlimmen Abwegung nach dem Beschigtur an einem derbolle K schmüdung aus. Her der Nisch, facht dirc Aufzispal Auenuen, de Chambs mittags 7. Szageroo

Aus dem Lande.

Ettlingen.

— Der anderen eine Grube gräbt... Bekanntlich hat sich der Karlsruher Stadtrat an das Ministerium gewandt, um die Albtalbahn als „Verkehrshindernis“ möglichst rasch zur Stadt hinauszuweisen. Die städtische Behörde fuhrte auf dem feinerzeitigen Zusammenstoß eines Straßenbahnwagens mit der Albtalbahn an der Reichsstraße. Wie „gewissenhaft“ der Karlsruher Stadtrat sein Ziel zu erreichen sucht, erhellt eine Zuschrift, welche der „N. C.“ veröffentlicht:

„Der Karlsruher Stadtrat, dessen sonst so verkehrsfördernde Absicht auf die Hinausdrängung der Albtalbahn aus Karlsruhe gerichtet ist, hat sich jüngst beschwerdeführend an die Generaldirektion der Bad. Staatsbahnen gewendet, weil ein Motorwagenführer der Albtalbahn am Schnittpunkt der Reichsstraße einmal zu spät gekuppelt haben soll. Dem Stadtrat, der es so scharf nimmt, dürfte nicht bekannt sein, daß die Straßenbahnwagen, die vorschriftsgemäß vor den Gleisen der Albtalbahn einen kurzen Halt machen sollen, 20 mal an einem Tag glatt durchgefahren sind, ohne sicherheitsbedenklich anzuhalten. Man sieht also, die Stadt Karlsruhe führt die Sicherheit an diesem Kreuzungspunkt nicht so sehr, wie sie tut... nur wenn die Albtalbahn einen Fehler macht.“

— Die neue Station „Schützenkreuz“ der Albtalbahn wird sicherem Vernehmen nach eine Woche nach Pfingsten dem öffentlichen Verkehr übergeben werden. In der Richtung nach Herrnsbühl werden 6 Züge, in der Richtung nach Ettlingen acht Züge täglich halten.

Durlach.

— Aus der Gemeinderatsitzung vom 26. Mai. Die Vorschläge und Kostenaufstellungen, die das Hochbauamt für die Reparatur der Rathausfassaden und den Abortumbau vorlegt, werden einer gemeinderätlichen Kommission überwiesen zur näheren Prüfung. — Das Schulbad in der Friedrichschule soll in Angriff genommen werden. Es soll noch eine Verordnungsänderung der eingeholten Angebote für die einzelnen Arbeiten verlangt werden. Das Bad ist auf etwa 3000 Mk. veranschlagt. — Nach einer Mitteilung der Domänenverwaltung beabsichtigt dieselbe, an den Badischen Frauenverein einen Bauhof im Bauhofsgarten zwischen verlängerten Sofien-, Gröninger- und Blumenstraße zu verkaufen. Genannter Verein beabsichtigt, darauf ein Haushaltungslehnerinnenseminar zu errichten. Ueber die dabei angeknüpfte Frage, was mit dem dort vorbeistehenden sog. Brunnenhauskanal geschehen soll, werden zunächst mündliche Verhandlungen mit der Domänenverwaltung geführt. — Für eine bei der Stadtverrechnung ausgeführte Gehilfenstelle haben sich 41 Bewerber gemeldet. Der Bürgermeister wird ermächtigt, aus einer vom Gemeinderat getroffenen engeren Auswahl den geeignetsten Bewerber zu entnehmen. — Auf Pfingstdienstag abend halb 7 Uhr wird eine Bürgerauskunftung einberufen mit dem einzigen Gegenstand als Tagesordnung: Vorlage über das neue Industriegebiet.

Offenburg.

— Die Renovierungsarbeiten am hiesigen Bezirksamt sind nach jahrelangen Wünschen und Petitionen endlich in Angriff genommen worden. Man darf nun wohl erwarten, daß eine hübschere künstlerische Arbeit den altstädtischen Bau, früher Königshof genannt, wieder wie vor Jahrhunderten zu einem Schmuckstück gestalten wird. Derzeitige Renovierungen sollten nicht so endlos lang hinausgeschoben werden, die dadurch entstehende Verwitterung verursacht alsdann doppelte Unkosten.

Die Arbeitsvergebung hat bei verschiedenen Offenburg-Geschäftsleuten Unzufriedenheit hervorgerufen. Hier- auf bezügliche Beschwerden seien, wie man hört, dem Landtagsabgeordneten Willeman zur Besprechung im Landtag übergeben worden. Es hätte Herrn Willeman nichts geschadet, wenn er seinen Parteiparteigenossen mit dem Material an den Abgeordneten der Stadt Offenburg verwiesen hätte. Für die Allgemeinheit ist in dieser Sache das Wichtigste, daß nur sachkundige, tüchtige Meister bestimmt werden, die die Arbeit aufs beste herstellen.

* Württemberg, 26. Mai. Das Fest der goldenen Hochzeit begangen heute die Eheleute Georg Oberle von hier; beide Ehegatten sind noch rüstig.

* Arbeiter-Nachfahrerbund „Solidarität“, Gau 23, 5. Bezirk. In unserem Bericht in der Nr. 126 vom 26. Mai muß es am Schluß heißen, daß das Stiftungsfest der Ortsgruppe Lehen- gericht-Schiltach am 7. Juni stattfindet und nicht, wie irrtümlich angegeben, am 5. Juni. Bei ungünstiger Witterung findet das Fest 8 Tage später statt.

Gesellschaftsreise der Vereinigten Gewerkschaften Stuttgart nach Belgien.

Das Programm der von den Vereinigten Gewerkschaften Stuttgart in der Zeit vom 18. bis 24. Juli zu veranstaltenden Gesellschaftsreise ist jetzt fertiggestellt. Die Reise verspricht, wie nachstehende Veröffentlichung zeigt, äußerst genussreich, zugleich aber auch im höchsten Grade bildungsfördernd zu werden.

Die Abfahrt des Sonderzuges erfolgt in Stuttgart ab Hauptbahnhof am 18. Juli, abends 8.50 Uhr. Der Bahnsteig ist auf der Fahrkarte vermerkt. In Ludwigsburg erfolgt die Abfahrt um 9.12 Uhr, in Bietigheim um 9.28 Uhr. Es wird dafür gesorgt, daß in Stuttgart genügend Plätze für die in Ludwigsburg beginnende Stuttgarter Einsteigenden reserviert werden. Der Zug fährt über Bruchsal, Gernersheim, Saarbrücken, Bücklingen a. d. Saar, Diedenhofen, Luxemburg, Kleinbottlingen, Namur nach Brüssel, woselbst Ankunft um 8.36 Uhr (Westeuropäische Zeit) erfolgt; Aufenthalt hat der Zug in Gernersheim 15 Minuten, in Saarbrücken 8 Minuten, in Diedenhofen 30 Minuten, in Luxemburg 10 Minuten. Die Fahrt geht von Saarbrücken an den lothringischen und luxemburgischen Eisenbahnen vorbei, dann über den Gebirgszug der Ardennen und durch die landschaftlich schönste Gegend Belgiens, das wunder- volle Maastal. In Brüssel stehen bei der Ankunft für die Teilnehmer Brezts bereit, welche diese zunächst in die für sie bestimmten Hotels bringen. Nach Einnahme des Frühstücks und Ablegung des Gepäcks fahren die Brezts mit den Teilnehmern nach dem Volkshaus (Maison du Peuple). Um 11½ Uhr ist Besichtigung des herrlichen Brüsseler Kaufhauses. Dieses steht an einem der schönsten Plätze der Stadt, zeichnet sich durch wunder- volle Bauart und wohl einzig dastehende innere Aus- schmückung (Malereien, Kunstfäden, Bildhauerarbeiten usw.) aus. Hierauf gemeinsames Mittagessen (Suppe, Ochsenfleisch oder Fisch, Beaten und Gemüse). Nach dem Mittagessen Rund- fahrt durch die Stadt mit Besichtigung des kgl. Palais, des Justizpalastes. Auf der Rundfahrt werden neben den schönsten Boulevards und Plätzen noch das wunderschöne Bois de Chambray und der Park besucht. Montag den 20. Juli, vor- mittags 7.45 Uhr, Abfahrt nach Gent, Ankunft dort 8.40 Uhr. Spaziergang durch die Stadt, Alte Kirchen, Martium, Schloß

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 27. Mai.

An die Arbeit!

Parteigenossen! Der Zufall hat uns am Montag einen Sieg verhießen lassen. Es gilt heute die Scharte auszu- wehen. Die Pflicht ruft! Wenn es irgend möglich ist, stelle sich heute möglichst frühzeitig zur Verfügung. Die Wahl- büros befinden sich in folgenden Lokalen: „Auerhahn“, „Schützenstr.“, „Gambriushalle“, „Erbrinzenstr.“, „Gewerk- schaftszentrale“, Kaiserstr., „Dragoner“, Uhländstr. und „Dirsch“, Wühlburg, in den Vororten in den bekannten Parteilokalen.

Seute wird bis 7 Uhr gewählt.

Die Genossen, denen es möglich ist, wollen sich daher schon am frühen Nachmittag einfinden, die andern, die bis 6 Uhr arbeiten müssen, wollen sich dann sofort in die Wahl- büros begeben. Versäume sich niemand seine Pflicht! Die Gegner werden alle Anstrengungen machen, um ihre Siege zu halten. Da ist es auch unsere Aufgabe auf dem Damm zu sein. Auf an die Arbeit!

Die Resultate wollen sofort dem „Volksfreund“ über- mittelt werden, Telefon 481 und 128.

Die Wahl in der 3. Klasse.

Das Charakteristische an der diesmaligen Wahl in der 3. Klasse ist die wesentlich schlechtere Beteiligung der Wählererschaft gegenüber der Wahl im Jahre 1911. Wir haben gestern schon darauf hingewiesen, daß diese Erschei- nung insofern auffallend ist, als gerade diesmal die Wähler Veranlassung gehabt hätten, ihr Interesse an un- sern großen kommunalen Aufgaben durch rege Teilnahme an der Wahl zu bekunden. Andererseits muß aber be- rücksichtigt werden, daß die Wahlbeteiligung früher auch hier bei Gemeinbewahlen nie eine gute war. Eine Aus- nahme machten nur die Wahlen im Jahre 1911, sicherlich nicht deswegen, weil damals die Wähler ein größeres Interesse an den Aufgaben der Gemeinde bekundeten, son- dern Kenner der Verhältnisse werden uns darin zustim- men, wenn wir sagen, daß vor 3 Jahren die gesamte Erneuerung aller Stadtverordneten-Mandate und die erste malige Anwendung des Proporzses, der auch den Minoritätsparteien im Gegensatz zu früher, Aussicht auf einen Mandatsgewinn bot, die Ursachen waren, warum die Wählermassen mehr in Bewegung kamen als sonst.

Diesmal, wo nur die Hälfte der Mandate zu erneuern und wo der Reiz der Neuheit des Proporzses nimmer vorhanden war, kam — darüber klagen jetzt alle Par- teien — keine richtige Wahlstimmung auf. Und kü nst- lich läßt sich eine solche nicht machen. Wenn die Parteileitungen auch gut und geschickt ihre Vorbereitungen treffen, wird der erhoffte Erfolg am Wahltag ausbleiben, wenn die Wählermassen nicht von sich aus in Bewegung kommen.

Wenn wir Sozialdemokraten nun auch keineswegs mit der auf unsere Liste entfallenen Stimmenzahl zufrieden sind und zufrieden sein dürfen, weil eine Bewegung, wie die unfrische, sich auf eine bestimmte, immer größer werdende Schicht der Bevölkerung stützt und daher an steten Fortschritt gewöhnt ist, liegt doch kein Anlaß vor, ganz besonders unzufrieden mit dem Resultat, oder gar wegen desselben niedergeschlagen zu sein. Der 12. Sitz, den wir vor drei Jahren nur durch einen günstigen Zufall er- hielt und diesmal durch einen ungünstigen Zufall ver- loren, war geeignet, unser Resultat noch außen ungenügend erscheinen zu lassen. Dagegen muß konstatiert werden, daß prozentual unsere Stimmenzahl fast genau dieselbe ist, wie vor drei Jahren und alle andern Parteien wieder weit hinter uns zurückblieben. Das Zentrum, an das wir lediglich durch Zufall ein Sitz verloren, hat seine Ge- samtstimmenzahl gegenüber der letzten Wahl nur um wenig vermehrt. Es hat also wahrlich keinen Anlaß zu besonderem Jubel. Es sei auch darauf hingewiesen, daß wir in den 3 katholischen Vororten zusammen 530, das Zentrum nur 99 Stimmen auftrachte. Die National- liberalen, die das letzte Mal stark im Hintertreffen blie- ben, haben etwas, aber auch nur wenig, an Stimmen ge- wonnen, während der Fortschritt an Stimmen einbüßte

des Großen von Händern (aus dem 11. Jahrhundert), Booruit (Genossenschaft Vorwärts), Ons Quis sowie neues Festgebäude des Vorort. Daselbst Mittagessen, dann 2.08 Abfahrt nach Offende, Ankunft 3.01. Dort Besichtigung des Hafens, des Was- senplatzes, des Damms, des Parks und der Stadt. Während des Aufenthalts auf dem Damm großes Freizeitspiel. Abfahrt in Offende 7.01, Ankunft in Brüssel 9.02. Reiseleiternehmer, welche in Offende oder Blankenberge, wohnen sie mit ihrem Generalabonnement oder mit der Straßenbahn für 1 Frank gelangen können, zu übernachten wünschen, können dies auf ihre besondere Kosten machen, müssen aber am anderen Morgen in Offende um 6.34 nach Antwerpen abfahren, wo sie 9.03 eintref- fen und an dem Bahnhof ca. 5 Minuten auf die von Brüssel kommenden Reiseleiternehmer warten müssen.

Am Dienstag den 21. morgens 8.04, Abfahrt nach Antwer- pen, Ankunft dort 9.08. Spaziergang durch die Stadt an der alten Kalbebrade, dem Großen Markt und dem Rathaus vorbei nach dem Hafen. Dort um 11 Uhr zweistündige Fahrt mit Dampfschiff auf der Schelde durch den Hafen. Nach dem Mit- tagessen Gang durch die Boulevards an den Theatern vorbei nach dem Tiergarten. Besichtigung desselben (viel Aquarien). 5.31 Abfahrt nach Brüssel, Ankunft dort um 6.30. Nach dem Abendessen Versammlung mit dem Deutschen Arbeiterverein Brüssel im Volkshaus.

Mittwoch den 22. Juli, morgens 7.31 oder 8.17 Abfahrt nach Lüttich, Ankunft dort 9 oder 9.53. Spaziergang durch die Stadt, Besichtigung verschiedener Lebenswunderlichkeiten mit Heberblick über die ganze Gegend. Mittagessen in Lüttich. Abfahrt nach Brüssel 5.07, Ankunft dort 6.57.

Donnerstag den 23. Juli Fahrt nach Dinant. Von dort Dampferfahrt durch den schönsten Teil des herrlichen Maastals nach Namur. Von dort nach Besichtigung der Stadt und nach dem Mittagessen Antritt der Rückreise mit dem Sonderzug. Ankunft in Bietigheim 1.54 nachts, in Ludwigsburg 2.12 nachts und in Stuttgart 2.31 nachts.

Das Frühstück wird immer in den Hotels, das Mittagessen gemeinsam eingenommen. Das Abendessen am 19., 20., 21. und 22. dagegen kann in der Zeit von abends 7 bis 11 Uhr nach Belieben in der Tabernet bis in Brüssel, Boulevard Anspass Nr. 1, eingenommen werden. Getränke hat jeder Teilnehmer selbst zu bezahlen.

und zwar prozentual stärker als wir, so daß die Verlesung des „Landesboten“, wir hätten am schlechtesten abge- schnitten, etwas sehr merkwürdig berühren muß.

Jedenfalls werden unsere Parteigenossen, dessen sich wir gewiß, heute bei der Wahl für die 2. Klasse und am Freitag bei der Wahl für die 1. Klasse auf dem Damm sein und alles aufbieten, damit wir an beiden Tagen für uns ehrenvolle Resultate erzielen.

Wähler der 2. Klasse!

4591 Wähler der dritten Klasse, der weitaus größte Teil der Wähler, haben am Montag ihre Stimme der Sozialdemokratie gegeben. Sie haben damit bekräftigt, daß sie nur zur Sozialdemokratie das Vertrauen haben, daß ihre Interessen und jene der Gesamtheit auf dem Rathaus richtig und energisch vertreten werden.

Die Sozialdemokratie wird dieses Vertrauen nicht täuschen.

Auch die Wähler der zweiten Klasse können nur der Sozialdemokratie ihre Stimme geben. Sie müssen zu dieser Erkenntnis kommen, wenn sie sich die Arbeit der Sozialdemokratie auf dem Rathaus vor Augen halten. — Auf dem Gebiete der

Schule

hat die Sozialdemokratie keine Kosten gescheut, um durch Ausbau unserer Schulfestens den Kin- dern der gesamten Bevölkerung ein gutes und brauch- bares Rüstzeug fürs spätere Leben mitzugeben.

Wenn die Angestellten der Geschäfte heute die vollständige

Sonntagsruhe

genießen können, so haben sie das dem unablässigen, energischen Drängen der sozialdemokratischen Vertreter auf dem Rathaus zu verdanken.

Damit die Beamten und Angestellten gut und billig wohnen können, hat die Sozialdemokratie auf dem Gebiete des

Wohnungswesens

sich stets für die Förderung des Kleinwohnungs- baus, für die Unterstützung der gemeinnützigen Bau- genossenschaften und für die Betreibung gesunder Bodenpolitik seitens der Stadt ins Zeug gelegt.

Wenn die Beamten, Techniker und Arbeiter der städtischen Verkehrsanstalten heute nicht die „Untergebenen“ des ausbeuterischen Großkapitals sind, so verdanken sie es der Sozialdemokratie, die einzig und allein geschlossen sich dafür einsetzte und weiterhin einsetzt, daß die

städtischen Betriebe

in Gemeinderegie verbleiben.

Auch die Gewerbetreibenden müssen die Tätigkeit der Sozialdemokratie anerkennen. Bei

Bergebung der Arbeiten

treten unsere Vertreter immer dafür ein, daß hiesige Firmen in erster Linie berücksichtigt werden. Gegen die Unterbietungen treten wir mit Entschiedenheit immer auf.

Nur die Sozialdemokratie bietet die Gewähr dafür, daß es in unserer Stadt

keinen Stillstand, sondern Fortschritt geben wird. Daß die bisher geleistete Arbeit unserer Vertreter auf dem Rathaus eine gute und einwand- freie ist, geht schon daraus hervor, daß kein Gegner bisher an dieser Arbeit etwas anzusehen hatte. Alle mußten anerkennen, daß die Sozialdemokratie ihre Kraft

zum Wohle der Gesamtheit

in den Dienst der Gemeinde gestellt hat.

Wer also will, daß sich unsere Stadt in freihheitlichen Bahnen weiter entwickle, der gebe seine Stimme der

sozialdemokratischen Liste. Gewählt wird heute von vormittags 11 Uhr bis abends 7 Uhr. Uebe jeder sein Wahlrecht aus- Streicht keinen Namen, denn jede Streichung macht die Stimme ungültig.

Auf zur Wahl!

Eine niederträchtige Verleumdung der „Badischen Landeszeitung“.

In ihrer Nummer 246 vom Dienstag, 26. Mai, bringt die „Badische Landeszeitung“ es fertig, der Sozialdemo- kratie den schweren Vorwurf zu machen, sie hätte in der Frage der Schülerpeinung bisher „keinen Finger gerührt“, sondern diese ganze Einrichtung sei von bür- gerlichen Frauen betrieben und bis heute auch nur von bürgerlichen Frauen durchgeführt worden. Gegen- über diesem in letzter Stunde noch injenierten gemeinen Wahltrick können wir nur dem liberalen Blatte ein „Wut Teufel!“ zurufen. Sind die Nationalliberalen so mit ihrem Rätein zu Ende, daß sie nun zu solch erbärm- lichen

lichen, verlogenen Mitteln greifen müssen, um im Wahlkampf Geschäfte machen zu können?
Wir stellen demgegenüber fest, daß schon vor 15 Jahren unsere damaligen Vertreter im Stadtparlament die Einführung der Schülerspeisung verlangt haben, und als damit endlich der Anfang gemacht wurde, waren es wiederum unsere Vertreter, die bei jeder Gelegenheit auf die Unzulänglichkeit und die spärlichen Mittel hinwiesen, die für diesen Zweck zur Verfügung gestellt wurden, und Einföhrung höherer Beträge für diesen Zweck verlangten. Dieser Antrag wurde aber stets von der bürgerlichen Mehrheit des Bürgerausschusses abgelehnt. Weiß die „Landeszeitung“ nicht, wie oft unsere Fraktion den Antrag stellte, die vorgesehenen Positionen für den Reiterverein und die Distriktsvereine zu streichen, und diese Mittel für die Schülerspeisung und die Ferienkolonien zu verwenden?

Nun noch einige Worte über die „bürgerlichen Frauen“. Da machen wir der „Landeszeitung“ den doch gewiß einwandfreien Vorschlag, sie möge sich bei den Vertreterinnen der bürgerlichen Frauen im Armenrat erkundigen, was unsere Vertreter bisher in dieser Institution für die Schülerspeisung und Ferienkolonien für Anträge gestellt haben. Dann wird die „Landeszeitung“ vielleicht, wenn sie ehrlich ist, zu einem anderen Urteil kommen. Vielleicht auch nicht, denn solchen Blättern fällt es immer schwer, die Wahrheit zuzugestehen. Daß so wenig proletarische Frauen in den sozialen Institutionen mitwirken, kommt daher, weil sie nicht herufen werden, mitzuwirken. Also, verehrte „Landeszeitung“: wenn denn doch Wahlmache-Artikel geschrieben werden müssen, dann wenigstens bei der Wahrheit bleiben!!! Wenn auch schwer fällt.

Vorsitzendenwahl zur Allgemeinen Ortskrankenkasse Karlsruhe.

Wie nicht anders zu erwarten stand, verlief der gestrige zweite Wahlgang zu Wahl des Vorsitzenden wiederum ergebnislos. Die Arbeitgeber vereinigten ihre Stimmen wiederum auf Herrn Malermeister Oberle während die Arbeitnehmer, mit Ausnahme des christlichen Vertreters, Herrn Hof, den bisherigen Vorsitzenden wählten. Nun hat das Versicherungsausschuss die Verpflichtung, einen Vorsitzenden zu ernennen. Wir möchten hier den Wunsch aussprechen, daß einem Manne mit sozialem Empfinden, der kein Neuling auf diesem Gebiete ist, dieser verantwortungsvolle Posten übertragen wird, damit nicht infolge der unverständlichen Haltung der Arbeitgeber und des christlichen Vertreters die Versichererten den Schaden tragen müssen.

Ob die Arbeitnehmer unter dem jetzt geschaffenen Zustand auf ihre Rechnung kommen werden, wird abzuwarten sein. Jedenfalls werden die gewählten Vertreter der freigewerkschaftlichen Organisationen im Krankenkassenverband dafür sorgen, daß auch hier der bisherige Vorsitzende Herr Oberle nicht mehr gewählt wird, damit die Parität wieder hergestellt ist. Im Krankenkassenverband steht die Sache so, daß seit Bestehen desselben, also über 25 Jahre, ein Arbeitgeber den Vorsitzendenposten inne hatte. Die Arbeitnehmer haben noch nie verlangt, daß hier eine Aenderung eintreten solle. Auch diesmal hätten die Arbeitnehmer wieder für den bisherigen Vorsitzenden im Krankenkassenverband gestimmt, wenn man ihnen bei der Wahl des Vorsitzenden zur Allgemeinen Ortskrankenkasse entgegengekommen wäre. Die Arbeitgeber wollten aber keine Verständigung, sie stehen scheinbar auf dem Standpunkt: Gewalt geht vor Recht. Nun, die Arbeitnehmer können die Entwicklung der Dinge ruhig an sich herankommen lassen, sie werden auf dem Posten sein und stets die Interessen der Versichererten zu vertreten und zu hüten wissen.

Unternehmerpraktiken und arbeitslose Schulleute.

Einen ganz schlauen Trick, für den ihm sicher die vollste Anerkennung, wenn nicht gar die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft des Arbeitgeberbundes ausgesprochen wird, wendet der Unternehmer Herling an. Er sucht in auswärtigen Zeitungen zu einem hohen Lohn tüchtige Tagelöhner. Kommen die Leute, dann werden sie zunächst von Herrn Herling mit offenen Armen aufgenommen. Raum hoben sie aber angefangen zu arbeiten, legt ihnen Herr Herling einen Revers vor, auf dem sie sich verpflichten sollen, mit weniger Lohn zufrieden zu sein. Unterschreiben die Arbeiter das Schriftstück nicht, dann werden sie kurzerhand zum Teufel gejagt, mögen sie noch so weit hergekommen sein, und noch so viele Antofen gehabt haben. Schlaue ist ja diese Unternehmermethode, ob sie aber moralisch einwandfrei ist, ist eine andere Frage; darum bekümmern sich allerdings Unternehmer à la Herling nicht. Den Arbeitern kann also nur dringend geraten werden, sobald der Name Herling als Unternehmer genannt wird, bei Annahme der Arbeit recht vorsichtig zu sein.

Je mehr Herr Herling die organisierten tüchtigen Arbeiter haßt und bekämpft, desto mehr scheint er die Hausreißer zu lieben, denn er läßt diese edlen Herren morgens und abends mit Autos, von denen er zwei zurzeit im Besitze hat, spazieren fahren, holt sie zur Arbeit ab und fährt sie nach Hause. So schön wollen es die streikenden Arbeiter gar nicht haben, sie würden sich mit einer anständigen Bezahlung und einer anständigen Behandlung begnügen. Aber Herr Herling hat anscheinend zurzeit wieder finanziellen Uberschuß, daß er sich solche Extravaganzen erlauben kann.

Vor solch großem Herrn hat natürlich auch die Polizei den gehörigen Respekt. Eine Unmenge Beamte stehen zu seiner Verfügung. Kriminalbeamte, Schulleute, Polizeihunde finden sich besonders morgens und abends an der Baustelle und an den Wohnungen der Hausreißer ein. Die Baustelle steht den ganzen Tag unter Polizeiaufsicht. Angesichts dieses großen Polizeiaufwandes muß man doch fragen: Was treiben denn alle diese vielen Beamten in einer Zeit, wo hier kein Streik ist? Man kann doch nicht annehmen, daß die Polizeibehörde so weit geht, und einer Anzahl Hausreißer zu Liebe, die übrige Stadt außer polizeilichen Schutz stellt. Die Leute müssen also die übrige streiflose Zeit entbehren. Es wäre daher Sache der Stadtverwaltung, die

die Kosten auch für diese überflüssige Beamtenenschaft mit aufbringen muß, wenn sie einmal darauf drängen würde, daß nur so viele Beamte angestellt werden, als unbedingt nötig sind; bei einem Streik kann man ja dann die Schutzmannschaft verstärken. Die Stadt hat doch das Geld gerade auch nicht zum Fenster hinauszuerwerfen. Die verstärkte Mannschaft könnte dann vielleicht Herrn Herling als Polizeiochtmelder bekommen, wir können ihn bestens empfehlen, denn er versteht, wie wir selbst uns schon wiederholt überzeugt haben, zu kommandieren und zu befehlen, wie es besser kein „Stellvertreter Gottes“ nach 12jähriger Dienstzeit fertig bringt. Auch ein Polizeihund steht ihm zu Diensten. Es ist also Alles da.

Nochmals Herr Dr. Haas und die Unterbeamten.

Unsern Artikel an anderer Stelle dieses Blattes wollen wir noch nachtragen, daß, wie wir nach Drucklegung desselben feststellten, auch der einzige Postbeamte im Reichstage, der Abgeordnete von Potsdam 5 (Oberbarnim) der Postassistent Louis Hubrich, jetziger Generalsekretär des Verbandes mittlerer Reichs-, Post- und Telegraphen-Beamten ebenfalls mit den Sozialdemokraten stimmt. Und Herr Hubrich ist Mitglied der — fortgeführten — Sozialdemokratischen Partei. Damit ist sowohl Herr Dr. Haas wie überhaupt die jämmerliche Haltung seiner Partei gerichtet.

Letzte Nachrichten.

Glasarbeiterstreik.

Görlitz, 26. Mai. Dem in Rauschach ausgebrochenen Glasarbeiterstreik, an dem etwa 500 Arbeiter beteiligt sind, droht eine große Ausperrung der Glasarbeiter zu folgen. Der Arbeitgeberverband deutscher Glasfabriken hat den Beschluß gefaßt, sämtliche Arbeiter auszusperrten, die an der Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden festhalten. 3000 Arbeitern wurde bereits die Kündigung übermittlelt.

Serbische Küstungsvorlage.

Belgrad, 26. Mai. Die Regierung hat in der Stupschina einen Gesetzentwurf eingebracht, in dem für Küstungsausgaben 122 800 000 Francs gefordert werden.

Zur Lage in Albanien.

Wien, 26. Mai. Wie die „Wiener Allgemeine Zeitung“ offiziös erfährt, haben die Aufrührerischen Durazzos den Wunsch geäußert, daß die Verhandlungen nicht bloß zwi-

schen dem Fürsten und ihnen, sondern vor allem der internationalen Kontrollkommission und der Abordnung der ungarischen Mitglieder der Kontrollkommission, Generalkonjunktural, hat sich von Balona nach Durazzo begeben.

Durazzo, 26. Mai. Die Lage auf dem Lande hat seit gestern keine Veränderung erfahren. Nur ein Teil der österreichisch-ungarischen Matrosen ist auf die Schiffe zurückgeführt. An ihrer Stelle sind österreichische Marine-Soldaten an Land gesetzt worden. Die Stellung des Fürsten ist nach Ansicht diplomatischer Kreise ernstlich erschüttert und man glaubt nicht, daß Fürst Wilhelm, dessen Autorität vollständig geschwunden ist, auch nur noch kurze Zeit im Lande wird verbleiben können.

Rom, 26. Mai. Nach Berichten, die dem Blatt „Mattino“ aus Durazzo zugegangen sind, sei Fürst Wilhelm völlig gebrochen. Der Traum von der Krönung sei ihm und auch der ehrgeizigen Fürstin zerronnen. Die Fürstin sei so deprimiert, daß sie garnichts mehr spreche.

Briefkasten der Redaktion.

Nach Offenburg. Infolge des großen Stoffandrangs in den letzten Tagen, verursacht durch die verschiedenen Verbandstage, Stadtverordnetenwahlen etc., mußten einige Artikel zurückgestellt werden.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft, Abt. Oststadt.) Am Donnerstag nach der Turnstunde findet eine Abteilungsverammlung bei La. Gault zum „Georg Friedrich“ statt. Erscheinen aller Mitglieder notwendig. 1289

Karlsruhe. (Arbeiterfahrerbund Solidarität.) Wir sehen unsere Mitglieder in Kenntnis, daß Festbücher zum 20. Stichtag der „Kassalia“ an den Festfeiertagen im Vereinslokal erhältlich sind. Preis 50 Pfg. Das Festbuch ist gültig für alle Veranstaltungen. Die verehrten Mitglieder werden ersucht, sich rege daran zu beteiligen. 1288

Durlach. (Deutscher Holzarbeiterverband.) Morgen Donnerstag abend 6 Uhr Mitgliederversammlung mit Vortrag im Lokal zum „Darmstädter Hof“. Hierzu mögen die Kollegen vollständig erscheinen. 1261 Die Ortsverwaltung.

Wittlingen. (Sozialdem. Verein.) Samstag den 30. Mai, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Parteigenossen, pünktlich und vollständig zu erscheinen. 1282

Geschäftliches.

* Eine originelle Kellame ist zur Zeit im Schaufenster der bekannten Engel-Drogerie, Werderplatz, Inh. Reichard, Apotheker, zu sehen. Ein edler Regier führt dieselbst die Anwendung eines neuen Schühfärbemittels „Färbol“ vor Augen. Alte, unansehnlich gewordene farbige Schuhe werden dabeilbst vermittelst „Färbol“ aufgefärbt und wie neu gemacht. Sämtliche bis Samstag abgegebene älteren Schuhe werden vom Regier unentgeltlich aufgefärbt. In obgenannter Drogerie ist „Färbol“ auch käuflich zu haben.

Pfannkuch & Co
Dörrfleisch
per Pfd. 90 Pfg.
Frankfurter Würstel
1284
per Dose mit 3 Paar W. 1.—
per Dose mit 4 Paar W. 1.20
per Dose mit 5 Paar W. 2.25
offen per Paar 30 Pfg.
Halberstädter Würstel.
Neu eingeführt:
Geräucherte Braunschweiger Rotwurst
per Pfd. 60 Pfg.
1/4 Pfd. 17 Pfg.

Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
in den bekannten Verkaufsstellen.
Georg-Friedrichstr. 1, 3. St. links, ist ein möbl. Zimmer an einen Arbeiter zu vermieten.
Georg-Friedrichstr. 1, 3. St. rechts, schön möbl. Zimmer separat, sof. zu verm. Preis 18.—.
Sportwagen ist zu verkaufen Magaustraße Nr. 23, 4. St.
Druckfachen fertig an Buchdruckerei Volkstreuend.

Residenz-Theater
22 Schillerstrasse 22 im „Grünen Hof“
30 Waldstrasse 30 früher „Metropol“ nächst der Kaiserstrasse in Durlach

Programm
Von Mittwoch, 27. bis inkl. Freitag, 29. Mai 1914:

Die Dame in schwarz
Nach dem berühmten Roman v. Emile Richebourg „La Dame en noir“.
Lebende Berichterstattung.
Aktuell aus dem Nachrichtendienst der Fa. Gaumont in Berlin-Paris-London.
Sorrent und Palermo.
Interessante Natur-Aufnahme.
Bubi als Schriftsteller für Liebende.
Humoreske.
Marys erste Badereise. Tragische Komödie.
Der dumme August. Humoreske.

Maria Sonetta „Das Findelkind“
Drama in 3 Akten.
Doch mit des Geschickes Mächten...
Drama in 3 Akten.

Musikfolge:
Fantasie aus der Oper „La Tosca“... Puccini.
Fantasie Nr. I a. d. Oper „Hugenotten“ Meyerbeer.
Fantasie Nr. II a. d. Oper „Hugenotten“ Meyerbeer.
Preislied aus „Meistersinger“... Wagner.
Paraphrase „Wie schön bist du“... Weidt.
Fantasie aus der Oper „Troubadour“... Verdi.

Programm
für Mittwoch den 27. bis inkl. Donnerstag den 28. Mai 1914, ununterbrochen von 7 bis 11 Uhr
Grosse Spezialitätenvorstellung
Auftreten des berühmten **Mr. Rudolfi!!**
Der König der Kunstpfeifer, unerreicht sein hohes „C“. Ferner als Original Wiener Fiacker:
Der heste Giradi-Kopist
Auftreten nur an diesen beiden Tagen in Durlach.
„Der letzte Wunsch des Stahlkönigs“
„Postlagernd Treues Herz 909“
Aktuelle Aufnahme der Feuerweh-uebung in Durlach
Beisetzungsfeierlichkeiten des früheren Feuerwehrrkommandanten **Christian Käser in Pforzheim.**

Konf
Her
Kna
Burs
Pfr
Ka
!
Se
S
W
Ge
Gr
Rü
Das
die III. B
ist nach de
Die Borj
Gelanit
Nach
gefallen
die Listen
Von
ausfallen
der
Do di
folgt, in
gestiftet
für mit
1. Schlo
2. Hof
3. Hum
4. Wele
5. Brand
6. Hipp
7. Streb
8. Sigm
9. Stöber
10. Röhr
11. Rullm
12. Rapp
13. Rüller
14. Rall
15. Traut
16. Her
247

Ja, Kleider machen Leute,
Das ist mir sonnenklar
Seitdem beim Einkauf ich heute
Im „Konfektions-Haus Merkur“
in Durlach war.



Sonst wollt mich niemand kennen,
Heut schaut mich jeder an
Das hat meine elegante Garderobe
Vom „Konfektions-Haus Merkur“
in Durlach getan.

Von jetzt an bis Pfingsten erhält jeder Käufer von
Mark 15.— Einkauf an ein Geschenk.

- Passend für Schlanke und Korpulente
- Anzüge, 1- und 2reihig . . . von 12.50 bis 20.50
 - Anzüge, Ersatz f. Mass, 1- u. 2reih. . . 22.50 „ 45.—
 - Moderne Beinkleider . . . 2.90 „ 8.50
 - Gummi-Mäntel, wasserd. garant. . . 13.— „ 26.50
 - Bozener Mäntel, wasserd. impr. . . 6.50 „ 28.50
 - Pelerinen, wasserd. imprägniert . . 4.75 „ 15.50
 - Moderne Westen, einfarb. u. bunt . . 2.50 „ 7.50

Grosse Auswahl: 1147
Kinder-Wasch- und Stoff-Anzüge, Hüte, Mützen,
Kragen, Krawatten, Hosenträger, Einsatzhemden,
Socken, Taschentücher, Normalwäsche, Regen-
schirme, Stöcke, abwaschbare Kragen u. Garnituren,
Waschechte Garnituren 95 S., 75 S., gestrickte
Kinder-Anzüge, Berufs-Kleidung, grosse Auswahl.

Reelle Bedienung.

Konfektionshaus Merkur

nur in Durlach Ecke Haupt- u. Grützerstraße

Achten Sie genau auf Firma in Durlach.

Besichtigen Sie meine 7 Auslagen.

Pfingstsonntag geöffnet von 8-9 Uhr und von 11-2 Uhr.

Möchte meine werten Kunden aufmerksam machen,
dass dieses Geschäft mein einziges in der ganzen
Umgebung ist und zu keinem anderen Geschäft gehört.

Bei Rückgratverkrümmungen
hoher Hüfte und Schulter wurden mittels
Redressionsapparat bei Kindern und Erwachsenen
vorzügliche Erfolge
erzielt, wo nachweisl. alles früher an-
gewandte zwecklos war. Anwendung ohne
Berufsstörung. Regulieren und Nach-
sehen der Apparate kostenlos. Aerztliche
Empfehlungen. Ia. Referenzen.

C. Ehrenfried, Köln a. Rh.
Hahnenstraße 49.
Technisch-orthopädisches Institut.

Anwesend am **Donnerstag den 28. und Freitag den 29. Mai**, in Karlsruhe, Hotel Grüner Hof, Kriegstr., am Alten Bahnhof von morgens 9 bis abends 9 Uhr.
Ich bitte genau auf meine Firma und Adresse zu achten.
Vor Nachahmung meines gesetzl. geschützten Apparates wird gewarnt. 1239

Bekanntmachung.

Der städtische Gesschmarkt hinter dem städt. Bierordtsbad, sowie die Filialschmärkte in der West- und Oststadt und in Wühlburg bleiben von jetzt ab bis zum Herbst ds. Jrs. geschlossen. Die Wiedereröffnung wird seiner Zeit bekannt gegeben.
Karlsruhe, den 26. Mai 1914. 1244

Städt. Schlacht- und Viehhofdirektion.

Bekanntmachung.

Änderung des Ortsstatuts über das Bestattungswesen betr.

Aufgrund des Bürgerausschusseschlusses vom 19. ds. Mts., die Änderung des Ortsstatuts über das Bestattungswesen betreffend, bringen wir nachstehend die §§ 69, 69a und 70 der Bestattungsordnung in ihrer nunmehr geltenden neuen Fassung zur öffentlichen Kenntnis.

§ 69.

Für die Beforgung der Bestattung werden Bestattungstagen erhoben. Sie betragen:

- für die Bestattung eines Erwachsenen:
 - wenn sie nach der I. Klasse stattfindet . . . 180 M.
 - wenn sie nach der II. Klasse stattfindet . . . 90 M.
 - wenn sie nach der III. Klasse stattfindet . . . 80 M.
- für die Bestattung eines Kindes über 6 Jahre:
 - wenn sie nach der I. Klasse stattfindet . . . 120 M.
 - wenn sie nach der II. Klasse stattfindet . . . 60 M.
 - wenn sie nach der III. Klasse . . . stattfindet 25 M.
- für die Bestattung eines Kindes unter 6 Jahren 18 M.
- für die Bestattung eines Kindes unter 1 Jahr, wenn die Leiche durch die Angehörigen in die Leichenhalle verbracht wird (§ 25) . . . 6 M.
- für das Eingraben unreifer Leibesfrüchte oder menschlicher Körperteile (§ 20) . . . 1 M.

Im Falle des § 2 Absatz 3, ausgenommen die Bewohner des Stadtteils Wühlburg, erhöht sich die Bestattungstage bei Beerdigung um 1/3 ihres Betrages (nicht aber bei Feuerbestattungen).

§ 69a.

Für die Einäscherung einer Leiche wird bei Bestattungen nach der I. und II. Klasse sowie bei der Einäscherung auswärts Verstorbener im Falle des § 79 Absatz 3 als Zuschlag zur Bestattungstage (§ 69) eine Einäscherungstage erhoben, sie beträgt:

- bei Bestattungen nach der I. Klasse . . . 50 M.
- bei Bestattungen nach der II. Klasse . . . 35 M.
- für die Einäscherung auswärts Verstorbener im Falle des § 79 Absatz 3 . . . 50 M.

Für Mitglieder des Feuerbestattungsvereins Karlsruhe und deren minderjährige Kinder wird nur die Hälfte der Einäscherungstage erhoben.

Der Stadtrat kann diese Ermäßigung auch den Mitgliedern auswärtiger Feuerbestattungsvereine zugestehen.

§ 70.

Gegen Bezahlung der in § 69 und 69a erwähnten Tagen übernimmt die Stadt folgende Leistungen:

- Bei Bestattungen von Erwachsenen und von Kindern über 6 Jahren nach der I. Klasse:
 - die Geschäfte des Bestattungsordners,
 - die Lieferung eines Holzsarges I. Klasse (mit Glaspokal ausgeglichen und mit Griffen und Schrauben versehen) das Reinigen und das Ankleiden der Leiche und das Einlegen der Leiche in den Sarg,
 - das Verbringen der Leiche in die Leichenhalle im Leichenwagen I. Klasse,
 - die Aufbahrung und Bewachung der Leiche in einer Einzelzelle der Leichenhalle,
 - die Stellung von 4 Trauerwagen für die Fahrt vom Trauerhaus auf den Friedhof und zurück,
 - die Beerdigung der Leiche oder deren Einäscherung und die unterirdische Beisetzung der Asche in einfachem Holz- oder Blechbehälter,
 - die Lieferung eines Sterbelleibes I. Klasse (auf Wunsch).
- Bei Bestattung von Erwachsenen und von Kindern über 6 Jahren nach der II. Klasse:
 - die Geschäfte des Bestattungsordners,
 - die Lieferung eines Holzsarges II. Klasse nebst Sargtuch und Kissen, das Reinigen und Ankleiden der Leiche und das Einlegen der Leiche in den Sarg,
 - das Verbringen der Leiche in die Leichenhalle im Leichenwagen II. Klasse,
 - die Aufbahrung und Bewachung der Leiche in einer Einzelzelle der Leichenhalle,
 - die Stellung von 2 Trauerwagen für die Fahrt vom Trauerhaus auf den Friedhof und zurück,
 - die Beerdigung der Leiche oder deren Einäscherung und die unterirdische Beisetzung der Asche in einfachem Holz- oder Blechbehälter,
 - die Lieferung eines Sterbelleibes II. Klasse (auf Wunsch).
- Bei Bestattungen von Erwachsenen und von Kindern über 6 Jahren nach der III. Klasse:
 - die Geschäfte des Bestattungsordners,
 - die Lieferung eines Holzsarges III. Klasse und das Einlegen der Leiche in den Sarg,
 - das Verbringen der Leiche in die Leichenhalle im Leichenwagen III. Klasse,
 - die Aufbahrung und Bewachung der Leiche im allgemeinen Teil der Leichenhalle,
 - die Stellung von 1 Trauerwagen für die Fahrt vom Trauerhaus auf den Friedhof und zurück,
 - die Beerdigung der Leiche oder deren Einäscherung und die unterirdische Beisetzung der Asche in einfachem Holz- oder Blechbehälter,
 - die Lieferung eines Sterbelleibes III. Klasse (auf Wunsch).
- Bei Bestattung von Kindern unter 6 Jahren:
 - die Geschäfte des Bestattungsordners,
 - die Lieferung eines Holzsarges III. Klasse und das Einlegen der Leiche,
 - das Verbringen der Leiche in die Leichenhalle im Kinderteichenwagen,
 - die Aufbahrung und Bewachung der Leiche im allgemeinen Teil der Leichenhalle,
 - die Beerdigung der Leiche oder deren Einäscherung und die unterirdische Beisetzung der Asche in einfachem Holz- oder Blechbehälter;

5. a. bei Bestattung von Kindern unter 1 Jahr, wenn die Leiche durch die Angehörigen in die Leichenhalle gebracht wird (vergleiche § 25); die unter Ziffer 4a, b, d und e erwähnten Leistungen,

b. bei Eingrabungen unreifer Leibesfrüchte oder menschlicher Körperteile (§ 20): die Eingrabung und Wiederauffüllung der Grube.

Die neuen Bestimmungen treten mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Karlsruhe, den 22. Mai 1914.

Der Stadtrat:

Karlsruhe, den 22. Mai 1914.

Dr. Fortmann.

Karlsruhe, den 22. Mai 1914.

Dr. Fortmann.

Karlsruhe, den 22. Mai 1914.

Dr. Fortmann.

Karlsruhe, den 22. Mai 1914.

Dr. Fortmann.

Karlsruhe, den 22. Mai 1914.

Dr. Fortmann.

Volksschauspiel Detigheim bei Raftatt (Baden).

Wilhelm Tell

(von Schiller).

Aufführung: Jeden Sonntag vom 24. Mai bis 4. Oktober, ferner am 1. und 29. Juni, 9. Juli, 15. und 26. August und 2. September auf großartiger Naturbühne im Walde.

Zuschauerraum mit 3800 Sitzen u. 300 Stehplätzen gegen alle Witterungseinflüsse geschützt, daher Spiel bei jedem Wetter.

Anfang des Spiels 1/3 Uhr, Ende 1/7 Uhr.

Preis der Plätze: Stehplatz 50 J., Sitzplätze 1 M., 2 M. u. 3 M.

Auf Vorausbestellung erhalten Schulen die 1. M.-Plätze zu 50 J. und Vereine zu 80 J.

Beste Jugendverbände für Hin- und Rückfahrt ab Karlsruhe: 84, 122, 119, 140, 188 Uhr.

für Rückfahrt ab Detigheim: 6⁰⁰, 7⁰⁰, 8⁰⁰, 9⁰⁰, 10⁰⁰ Uhr.

Vorverkauf: Detigheim: Theaterbureau, Teleph. Nr. 61 Raftatt; Mannheim: Hofmusikalienhandlung Sedel, Teleph. Nr. 1038; Mannheim: Musikhaus v. W. Dangel P. 7, 14 u. 18; Teleph. Nr. 2379; Heidelberg: Ludwig Diehl, Hauptstr. 18 u. Weberplatz 4; Pforzheim: D. Ritters, Buch- u. Musikalienhandlung, Teleph. Nr. 193; Durlach: Sprachlehrer Dreans, Bismarckstraße; Bruchsal: Keilbach, Friseur beim Bahnhof; Karlsruhe: Herberichs Buchhandlung, Teleph. Nr. 1286; Zeitungskiosk h. Hotel Germania, Teleph. Nr. 600, am Mühlburger Tor; Ettlingen: Schneider, Restauration Nagel; Raftatt: Buchhandlung Eger, Neher und Fohlen; Gaggenau: E. Kraus, Buchbinderei und Papierhandlung; Baden-Baden: Reisebureau Schid-Nauth, Luisenstr. 2, Teleph. Nr. 140; Offenburg: G. Rot, Buchhandlung, Teleph. Nr. 367; Freiburg: Literarische Anstalt.

In den auswärtigen Vorverkaufsstellen wird ein kleiner Zuschlag erhoben.

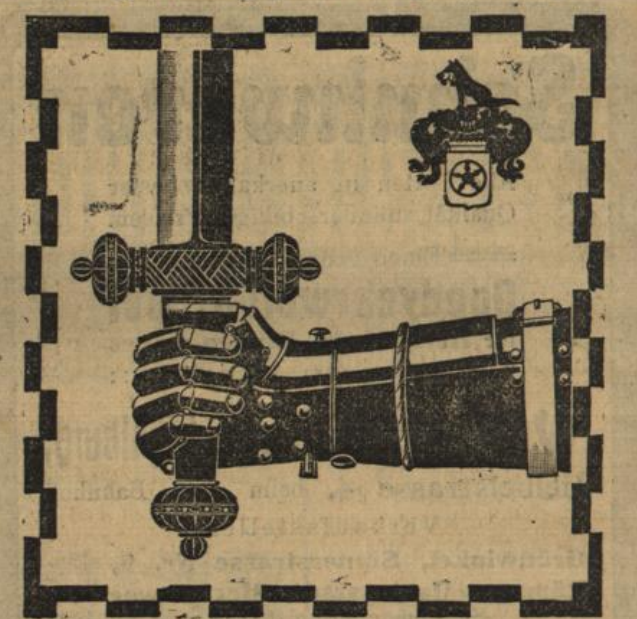
Ausführliche Prospekte, Ansichten, Karten, Programme und Zeitbücher u. am Theaterplage erhältlich. 1078

Das Spiel findet an beiden Pfingstfeiertagen statt.

„Volksschauspiel Dietlingen“

bei Pforzheim.

Die 2. Vorstellung findet am Pfingstmontag statt; am Pfingstsonntag fällt die Vorstellung aus.



Götz von Berlichingen

von W. von Goethe.

Anfang 1/3 Uhr. Ende 1/7 Uhr.

Spielzeit vom 24. Mai bis Oktober.

Vorverkauf: Geschwister Moos, Kaiserstraße, Tel. 994, S. Meyle, Marktplatz, Mühlburgerter, Kaiserpassage, Tel. 450.

Preise der Plätze: Fremdenloge 5 M., Loge 3 M., I. Platz 2 M., II. Platz 1.50 M., III. Platz 1 M., Stehplatz 50 S. Im Vorverkauf wird ein kleiner Zuschlag berechnet.

Züge ab Karlsruhe (Hauptbahnhof) 11.56 12.33 Uhr. (Albtalbahn) 12.50 Uhr.

„ „ Brühlingen (Albtalbahn) 1.55 2.07 2.52 Uhr.

Rückfahrt: Dietlingen ab (nach Brühlingen über Pforzheim) 6.48 7.00 7.18 8.10 9.03 Uhr.

Pforzheim ab nach Karlsruhe 8.01 8.06 Uhr.

Dietlingen ab (Albtalbahn nach Karlsruhe) 7.00 7.56 Uhr.

Bestellungen auf Karten nimmt auch das Theaterbureau Dietlingen, Telefon 1152 entgegen.

Der Bahnhof der Albtalbahn ist von Pforzheim, Hauptbahnhof, mit der Städtischen Straßenbahn in 10 Minuten zu erreichen. 1240

Größere Posten 434
Herrenkleider- Stoff-Reserve
in nur ausgefärbten la Qualitäten sind enorm billig abzugeben
Kaiserstraße 133 1 Treppenhoch
Ecke Kaiser- und Kreuzstraße (Eingang bei der kleinen Kirche).

Sakko-Anzug wenig ge-
schroten-Anzug für mittelgroße starke Figur, billig zu verkaufen.
Morgenstr. 6, 2. Stock I.

Wilh. Eckert,
Uhrmacher, Marienstr. 20,
neb. dem Apollo-Theater
empfiehlt sein Lager in 1
Taschen- u. Wanduhren.
Billige Reparatur-Werk-
stätte, Trauringe, 8 u.
14 Kar. gestempelt, das Paar
v. M. 12-27. Prüfen u. Zwicken.

Ich kaufe und verkaufe fortwährend getragene Herren- u. Damenkleider, Schuhe und Stiefel, aber nur gute Sachen, zu billigen Preisen. 3971

Wilhelm Schwab
Durlacherstraße 95.

Karlsruhe, den 22. Mai 1914.

Dr. Fortmann.

Karlsruhe, den 22. Mai 1914.

Dr. Fortmann.

Karlsruhe, den 22. Mai 1914.

Dr. Fortmann.

Karlsruhe, den 22. Mai 1914.

Dr. Fortmann.

Karlsruhe, den 22. Mai 1914.

Dr. Fortmann.

Karlsruhe, den 22. Mai 1914.

Dr. Fortmann.

Karlsruhe, den 22. Mai 1914.

Dr. Fortmann.

Karlsruhe, den 22. Mai 1914.

Dr. Fortmann.